

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, 1 der Expedition abgegeben werden.

Nr. 33.

Sonnabend, den 8. Februar 1913.

20. Jahrg.

Heute Abend Volksversammlung im Gewerkschaftshaus!

Hierzu eine Beilage.

Die französische Wahlreform und der Senat.

Die wesentlichste Bestimmung des im vergangenen Sommer von der französischen Kammer angenommenen Entwurfs zur Reform des Wahlsystems besteht darin, daß die von den einzelnen Listen zu beanspruchenden Mandate auf Grund eines Wahlquotienten berechnet werden sollen, den man dadurch gewinnt, daß man die Zahl der in einem Wahlbezirk abgegebenen Stimmen durch die Zahl der ihm zustehenden Sitze dividiert. Jede Liste soll soviel Mandate erhalten, als die auf sie gefallenen Stimmen den Wahlquotienten enthalten. Für die Verwendung der übrig bleibenden Reste hat die Kammer eine Reihe von Anträgen angenommen, die in erster Linie von den Radikalen, die der Verhältniswahl feindlich gesinnt sind, gestellt wurden. Der wichtigste davon erlaubt den verschiedenen Listen, vor der Wahl zu erklären, daß sie ihre Reste für den Fall, daß sich solche ergeben sollten, zusammenlegen werden, um auf diese Weise nach Mandate zu erobern. Die Kommission, die der Senat zur Beratung des ihm überwiesenen Entwurfs wählte, und deren Präsident einer der bedeutendsten Verteidiger des gegenwärtigen Mehrwahlsystems, Clémenceau wurde, zeigte sich von vornherein den Beschlüssen der Kammer feindlich. Sie lehnte einen Paragraphen nach dem andern ab und erzielte sie durch neue; so daß sie schließlich einen ganz anderen Entwurf fertigstellte, der ungefähr das Gegenteil dessen enthielt, was die Kammer beschlossen hatte. Die radikale Presse jubelte. Der Senat wurde zum „Retter des Heils der Republik“ ausgerufen.

Kurz darauf, nachdem die Senatskommission, unter dem Einfluß von Clémenceau und Combes, den Gegnern der Verhältniswahl diesen Scheintriumph verschafft hatte, wählte die Nationalversammlung in Versailles Raymond Poincaré, der seit langen Jahren für die Verhältniswahl gekämpft hatte, zum Präsidenten der Republik. Infolgedessen erschien es ganz selbstverständlich, daß das neue Ministerium Briand sich ebenso ehrlich für den Proporz einsetzen würde, wie es das Ministerium Poincaré getan hatte. Umso erstaunter war man, als Briand in der Regierung und in seiner ergänzenden Rede es sorgfältig vermied, das Wort „Quotient“ auszusprechen, und auf diese Weise sowohl die Freunde wie die Gegner der Verhältniswahl im Zweifel darüber ließ, welche Stellung er einzunehmen entschlossen war. Die Radikalen deuteten dieses Ausweichen sofort als Beweis dafür, daß der neue Ministerpräsident gesonnen sei, den Quotienten aufzuheben, „im Interesse der republikanischen Versöhnung“. Briand hat jedoch am Montag in der Senatskommission nachgeholt, was er in der Kammer einige Tage vorher unterlassen hatte. Zuerst versuchte er allerdings wieder, sich um eine unzweideutige Erklärung herumzudrücken. Der Präsident der Kommission Clémenceau stellte ihm jedoch so präzise Fragen, daß Briand schließlich nicht mehr anders konnte, wenn er den Kammerentwurf nicht preisgeben und damit ein von ihm gegebenes Wort brechen wollte, als sich für den Wahlquotienten auszusprechen. Die Antwort der aus Feinden der Verhältniswahl bestehenden Kommission bestand in der Entscheidung, die von ihr gefaßten Beschlüsse voll und ganz aufrecht zu erhalten und sie dem Plenum des Senats vorzulegen.

Die alten Herren wollen es also auf den Kampf ankommen lassen. Wenn sich das Plenum auf den Standpunkt der Kommission stellen sollte, dann wäre der von den bürgerlichen Parteien seit langem befürchtete Konflikt da zwischen der Kammer, die auf Grund eines allgemeinen gleichen Wahlrechts zustande kommt, und dem Senat, der auf Grund eines beschränkten Wahlrechts ernannt wird. Es ist keine Frage, daß Briand seine Ueberredungskunst eifrig spielen lassen wird, um im Senat eine Entscheidung herbeizuführen, die diesen Konflikt verhindert. Würde sich im Senat trotzdem eine endgültige Mehrheit gegen die Verhältniswahl finden und die alte Proporz-Majorität in der Kammer bliebe standhaft, so käme nicht nur das Ministerium, sondern auch der Präsident der Republik in eine üble Lage. Eine Auflösung der Kammer ist möglich, eine Auflösung des Senats nicht, so daß schließlich das beschränkte Wahlrecht bevorzugter erscheint, als das allgemeine gleiche. Jeder

Ministerpräsident und jeder Präsident der Republik muß heute davor zurückschrecken, dem Volk die republikanische Konstitution auf diese Weise „vorzudemonstrieren“. Vielleicht, daß sich eine innere Krise vorbereitet, wie sie die dritte Republik noch nicht kannte.

Politische Rundschau

Deutschland.

Die acht preußischen Männer gegen das Reich.

Es ist eigentlich ganz logisch, daß die mehr als zweiwöchige Debatte über den sozialpolitischen Etat in eine ganz allgemeine politische Generaldiskussion ausklang. In der Tat äußern sich gerade auf dem Gebiet der Sozialpolitik am besten und am sichtbarsten die tiefsten Gegensätze der Klassen- und politischen Interessen. So teilten sich auch heute im Reichstag die feindlichen Lager. Die Vertreter der äußersten Reaktion erhoben sich zum Angriff gegen das Reich und seine sozialpolitische Betätigung und zum Schutz für ihre durch das preußische Regime gedeckten Vorrechte. Die Regierung allerdings und die Mittelparteien des Hauses kamen dadurch in die eigenartige Lage, gegen die Stürmer und Dränger von rechts, gegen den reaktionären Umsturzversuch die Rechte und die Einrichtungen des Reiches wahren zu müssen.

Nicht etwa, als ob die Anklage berechtigt wäre, die von dem Grafen Westarp und Herrn Dr. Arndt erhoben worden ist: daß die Reichsregierung zusammen mit der Sozialdemokratie in einer Richtung arbeite. Herr Dr. Delbrück kann beruhigt den Schlaf des Gerechten schlafen. Er hat sich nicht kompromittiert, und an seine unverjährlische Feindschaft gegen die Arbeiterbewegung glauben wir unbedingt, wie es ihm ja auch Genosse Ledebour ausdrücklich bestätigt hat. Nur gehen die Männer vom acht preußischen Schlag in ihrer reaktionären Sehnsucht zu weit, wenn sie für Preußen beanspruchen, was nun einmal des Reiches ist, und sie allein sind schuld, wenn sie in ihren antisozialistischen Wutanfällen tollpatschig genug sind, sich von der Regierung zu trennen. Vielleicht möchte Herr v. Bethmann-Hollweg im tiefsten Innern seines Herzens, was die Kardorff und Westarp ihm zumuten. Aber die Macht der Arbeiterklasse und ihrer politischen Vertretung, der Einfluß der Sozialdemokratie im Reich und im Reichstag, ist doch viel zu stark, als daß ein solches Verlangen irgendwie zur Außenwelt, geschweige denn zur Tat gelangen dürfte.

Es war also eine Art neuer Generaldebatte, und das Haus selbst entsprach im Besuch der Tribünen und in der Befragung der Abgeordnetenbanken durchaus dem Ernst der Sache und der Sensation der Auseinandersetzung. Herr v. Westarp führte im Kampf gegen den unbotmäßigen Staatssekretär zuerst den schweren Säbel. Er verzicht ihm nicht, daß in der Budgetkommission des Reichstags ein eventuelles Eingreifen der Reichsregierung bei mangelnder Tätigkeit Preußens in Aussicht gestellt worden. Früher — so etwa lautete seine Klage — erlaubten sich nur Sozialdemokraten solche Übergriffe; jetzt geht gar ein Staatssekretär denselben gefährlichen Weg. Herr Dr. Delbrück aber wollte nicht als der junge Mann des preußischen Dallwitz erscheinen, wie es Herr v. Kardorff so gerne läßt. Er wehrte sich mit einer bei einem deutschen Staatssekretär immerhin recht erfreulichen Entschiedenheit gegen den konservativen Angriff und gegen den Vorwurf, daß er es an Mut, Mark und sonst allerhand fehlen lasse. So, er traute sich sogar, von der Sozialpolitik zu sagen, daß die Erfüllung dieser stitlichen Pflicht ohne Rücksicht auf die Stellungnahme der Sozialdemokratie zu erfolgen habe. Das gefiel der Rechten wenig. Herr Mumm wurde zu einer patriotischen Bierrede veranlaßt, und Herr Dr. Arndt verteidigte die preußischen Privilegien gegen den Staatssekretär, in dessen Erklärungen er die Kennzeichnung der Sozialdemokratie als einer Umsturzpartei ausdrücklich vermehrte. Auch Herr v. Westarp betrat noch einmal die Tribüne.

Die sozialdemokratische Freude an dieser Debatte sprach Genosse Ledebour aus. Er begnügte sich indessen nicht damit, die Herren v. Westarp und Dr. Arndt über die wirklichen Gründe ihrer Kampfeslust aufzuklären. Er wandte sich mit besonderer Schärfe gegen diese reaktionäre Annäherung, wie sie heute im Reichstag und neuerdings im Dreiklassenparlament von den Jedlig und Kardorff geäußert werden durfte. — Die Sitzung schloß mit einer Reihe persönlicher Bemerkungen und mit der Erledigung der zu diesem Etat gehörigen Resolutionen und Petitionen.

Der Seniorenkonvent des Reichstags

bestimmte am Donnerstag, daß der nächste Schwerinstag am Mittwoch, dem 12. Februar abgehalten wird. Auf die Tagesordnung dieses Schwerinstages wird der Antrag der Sozialdemokraten auf Einführung des allgemeinen gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes zu den Einzellandtagen gesetzt. Über der Schwerinstag wird bestimmt am kommenden Mittwoch abgehalten, wie auch im Seniorenkonvent von verschiedenen Seiten gewünscht wurde, daß Schwerinstage bis Ostern regelmäßig in jeder Woche stattfinden sollen.

Die Abstimmungen, besonders die namentliche Abstimmung über die zurückgestellten Resolutionen, welche die Erleichterung der Fleischeinfuhr bezwecken, finden bestimmt am nächsten Dienstag statt.

Bündler-Parade.

Die notleidenden Agrarier, die in den letzten Jahren im Sportpalast in Berlin tagten, sind wieder nach dem Zirkus zurückgekehrt. Am Montag, dem 17. Februar wird die diesjährige Bündler-Komödie im Zirkus Busch in Szene gehen. Von den notleidenden Agrariern werden sich produzieren: Dr. Koesike, Dietrich Hahn, Dr. Dertel, Freiherr v. Wangenheim und — v. Oldenburg-Januschau. An derben Späßen wird es also nicht fehlen und derb müssen sie schon sein, weil sie sonst von den nach Herrn Liman geistig schwerfälligen Lesern der „Deutschen Tageszeitung“ nicht verstanden werden.

Der Segen der Futtermitteljölle.

Die Stadt Magdeburg besitzt als Rieselfeldanlage den Gutsbezirk Cörbelitz. Bei Beratung des Haushaltsplanes für Cörbelitz gab Stadtverordneter Reims, nach der „Frankfurter Zeitung“, in der Stadtverordnetenversammlung folgendes bekannt: Er habe bei dem Direktor des Gutsbezirks eine Vergrößerung des Viehbestandes angeregt. Direktor Heitmann habe darauf erwidert: Cörbelitz wäre wohl in der Lage, mehr Großvieh zu züchten, müsse dann aber Futtermittel einführen. Die Futtermitteljölle verteuerten die Viehhaltung jedoch so, daß das Geschäft dadurch für die Gutsverwaltung wieder unrentabel würde.

Marine-Stat, deutsch-englische Flottenpolitik und Verständigung

Die Budgetkommission des Reichstags trat am Donnerstag in die Beratung des Marine-Stats ein. Der Referent, v. Thienefeld, wies darauf hin, daß der Etat die Summe von 462,4 Millionen enthalte, wozu noch fünf Millionen für den Bau der „Hohenzollern“ kommen. Wünschenswert sei eine allgemeine Aussprache über die deutsch-englische Marinepolitik. So habe im vorigen Sommer der englische Marine-Minister unrichtige Angaben über den deutschen und englischen Flottenbau gemacht, die den deutschen Flottenbau als dem englischen überlegen darstellten. Das Marineamt hätte diesen Darlegungen entgegenzutreten sollen. — Staatssekretär v. Tirpitz erklärte, über die deutsch-englischen Beziehungen keine Auskunft geben zu können, er sei dazu nicht berechtigt, sondern nur der Reichskanzler. Der deutsche Flottenbau habe stets nur defensiven Charakter gehabt und werde ihn auch behalten. Mit dem Etat seien keinerlei Mehrforderungen im Sinne weiterer Rüstungen verbunden. — Die Genossen Noske und Ledebour erklärten diese Ausführungen für unbefriedigend. Der Reichskanzler oder ein Vertreter des Auswärtigen Amtes sollten in der Kommission erscheinen und Auskunft über das Verhältnis zwischen Deutschland und England geben. Die politische Lage, ebenso Äußerungen englischer Staatsmänner wie auch Äußerungen des Herrn v. Tirpitz heute erforderten eine allgemeine Aussprache über unsere Beziehungen zu England und über die deutsch-englische Flottenpolitik. Nach längerer, sehr lebhafter Debatte, die einen ernsten politischen Charakter trug, wurde das Erscheinen des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes für Freitag zugesagt und die Verhandlungen abgebrochen. Beschlüsse wurde noch, die Aussprache bis zur Beendigung als vertraulich zu behandeln und dann erst über die Veröffentlichung zu beschließen.

Militär-Vorlage und Besitzsteuer.

Ein Berliner Telegramm der „Münchener Neuesten Nachrichten“ läßt mitteilen, daß es kaum möglich sein werde, die Besitzsteuer, der Vereinbarung mit dem Reichstag gemäß, bis zum 30. April einzubringen. Die

neue Heeresvorlage hat an die Finanzverwaltung so hohe Aufgaben gestellt, daß eine gründliche Umarbeitung der in Aussicht genommenen Steuervorlagen unabwendbar ist. Die Reichsregierung ist aber entschlossen, die Heeresvorlage unter allen Umständen durchzuführen, und die verbündeten Regierungen rechnen mit aller Zuversicht darauf, daß der jetzige Reichstag sich dieser „patriotischen Tat“, die im Auslande den stärksten Eindruck hervorzurufen müßte, nicht versagen werde. Weniger zuversichtlich ist aber die Meinung über die Deckungsfrage und hier rechnen die Regierungen mit einer sehr ernstlichen Krise. Diese Mitteilungen der „Münchener Neuesten Nachrichten“ finden sich in etwas anderer Form auch in der „Frankfurter Zeitung“. Hier wird allerdings noch darüber hinaus erklärt, daß die in der Ausarbeitung betroffenen neuen Steuern noch in den Anfängen stehen, weil es sich ja längst nicht mehr um die Besitzsteuer handelt, sondern im Hinblick auf die Heeresvorlage um eine ganze Reihe von Steuerquellen. Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ bringt eine Zuschrift über die Geschäftslage in den Parlamenten und führt hierzu aus:

„Man hält es vielfach für selbstverständlich, daß der Reichstag die Wehrevorlagen, die ihm etwa Mitte März zugehen werden, noch vor der Vertagung verabschiedet, schon mit Rücksicht auf die auswärtige Lage und auf das Regierungsjubiläum des Kaisers. Eine Verabschiedung der Wehrevorlage wäre immerhin bis Juni möglich, doch erscheint es als ganz ausgeschlossen, die neuen Reichsteuervorlagen bis zu dieser Zeit zu verabschieden. Es ist aber wieder nicht angängig, die Wehrevorlage vor der Vertagung zu verabschieden und die Deckungsgesetze auf den Herbst zu verschieben. Jedenfalls würde das Zentrum sich in erster Linie gegen ein solches Argument aussprechen. Es ist auch sehr leicht möglich, daß Wehrevorlage und Deckungsvorlage mit Hilfe zweier verschiedener Mehrheiten unter Dach gebracht werden müssen.“

In der Tat herrscht gegenwärtig eine ganz außerordentliche Verwirrung in der Beurteilung der Forderungen der Regierung und der Deckungspläne. Soviel darf jedenfalls als sicher angenommen werden, daß nicht die ganzen Kosten der Heeresvorlage durch Besitzsteuern gedeckt werden, vielmehr wird die Regierung bestimmt auf einige der Steuern zurückgreifen, die von der verflochtenen Steuerkommission abgelehnt worden sind.

Das preussische Landes-Oekonomie-Kollegium.

Die Agrarier sind nicht nur gut organisiert, sondern werden auch von den Regierungen und Behörden auf alle Arten gefördert. Das kann man auf allen agrarischen Tagungen erkennen. Kein Wunder, wenn den Herren der Kamme schmeilt. Am Donnerstag tagte im preussischen Herrenhaus das preussische Landes-Oekonomie-Kollegium. Die landwirtschaftlichen Orts- und Kreisvereine haben nämlich ihre Zusammenfügung in den Zentralvereinen der einzelnen Provinzen, und diese Zentralvereine Preußens haben wieder ihre Spitze in dem 1842 gegründeten Landes-Oekonomie-Kollegium, das alljährlich einige Tage zusammentritt. Von allen Zentralstellen werden Delegierte abgeordnet, und die preussische Regierung ist selbstverständlich auch vertreten. Am Donnerstag trat dieses Kollegium zu seiner diesjährigen Tagung zusammen. Landwirtschaftsminister, Freiherr von Schorlemer-Neser, machte zunächst den Herren Landwirten seine Referenz und dankte ihnen für treue Mitarbeit. Er konnte allerdings nicht umhin, den leisen Vorwurf zu machen, daß der Viehbestand zurückgegangen sei; aber im nächsten Augenblick heftete er die um eine Nuance zurückgegangenen Geister wieder auf mit der Erklärung, die Befürchtung, daß die Reichs- und Staatsregierung von der bisherigen „bewährten Wirtschaftspolitik“ abgehen werde, sei völlig unbegründet. Dann kam der Minister auf die schwachen Maßnahmen, die die Regierung gegen die Fleischsteuer getroffen hat, zurück und verteidigte diese. — Graf Schwerin-Wöwis dankte dem Minister herzlich für das Entgegenkommen. Dann folgten Vorträge landwirtschaftlichen Charakters, die in der Annahme von entsprechenden Resolutionen gipfelten.

Die Kosten der neuen Militärvorlage.

Wie die „Landeszeitung für beide Mecklenburg“ aus zuverlässiger Quelle erfahren haben will, betragen die laufenden Anwendungen für die neue Militärvorlage pro Jahr 116 Millionen Mark!! Wir haben ja!

Die Reichstagswahl in Nordhannover.

Die Wahlprüfungscommission des Reichstages befaßte sich am Freitag mit dem Protest, der von fortschrittlicher Seite gegen die Wahl des Genossen Dr. Cohn eingelegt wurde. Bei der Stichwahl legte Genosse Dr. Cohn mit 824 Stimmen gegen 6796, die auf den Fortschrittler Dr. Wiemer entfielen. Der Protest behauptet, daß zugunsten des Genossen Dr. Cohn amtliche Wahlbeeinflussung geübt worden sei. So sollen — immer nach der Behauptung des Protestes — Kantonsvorsteher die Weisung gegeben haben, entweder Dr. Cohn oder gar nicht zu wählen. In der Tat hat auch in verschiedenen Orten viele Wähler der Stichwahl ferngehalten. Am Tage vor der Stichwahl sind Wahllokale im Kusert verhandelt worden. Diese Kuserts trugen den mit einem Gummistempel hergestellten Aufdruck: „Streichheit Hehnen“. Der Stempel war aber an der unteren rechten Ecke des Kuserts angebracht. Dadurch sollte der Eindruck erweckt werden sein, als ob die Aufsätze vom Landratsamt kämen. Einzelne Gemeindevorsteher sollen denn auch die Aufsätze an die Wahlstapel geklebt haben. Die Protestpunkte wurden als erheblich erklärt. In einigen Fällen sind, nach dem Protest, auch die Kriegervereine aufgefordert worden, für Dr. Cohn zu stimmen, in einem Orte sogar unter dem Versprechen der Bereitung eines Fahnenabzeichens für den Herrn. Das Fahnenband ist mittlerweile überreicht worden. Auch die Agitation der Kriegervereine wurde als erheblich erklärt. Nach einer Protestvorlage, die am Freitag in der Sitzung des Reichstages zur Sprache kam, wären dem Abg. Dr. Cohn die Stimmen abzugeben gewesen, die er in der Stichwahl mehr als in der Hauptwahl erhielt; denn aus jeder dieser in beiden Orten nicht abgegebenen Stimmen dem betreffenden Kandidaten zugerechnet werden. Die Einrei-

chung fällt erst in der nächsten Sitzung. — Eine ziffermäßige Aufstellung der beiden Referenten ergab, daß durch den Protest, selbst wenn er erwiesen werden sollte, die Mehrheit des Abg. Dr. Cohn nicht erschüttert werden kann.

Die Kindersterblichkeit und preussisches Abgeordnetenhaus.

Die Hoffnung, daß das Abgeordnetenhaus am Freitag mit der Beratung des Etats des Ministeriums des Innern fertig werden würde, hat sich, trotzdem die Sitzung annähernd acht Stunden dauerte, nicht erfüllt. Kein Wunder. Der vorliegende Stoff ist denn doch zu reichhaltig und zu wichtig, als daß er so kurzerhand abgetan werden könnte, wie die Mehrheit es wünscht.

Beim Kapitel Strafvollzug äußerte sich Genosse Liebknecht eingehend über die zunehmende Kriminalität und über die heutige Art des Strafvollzuges, die in jeder Beziehung zu wünschen übrig läßt. Insbesondere regte er eine andere Art der Beschäftigung der Gefangenen und eine Regelung der Unfall- und Invaliden-Versicherung für diese an.

Sehr unbequem war den Konservativen die Rede unseres Genossen Leinert über die Veteranenfürsorge. Die Konservativen wissen den Mund nicht voll genug zu nehmen über das schlechte Los der Veteranen. Genosse Leinert wies ihnen nun nach, daß gerade sie es sind, die da, wo sie Gelegenheit hatten, für die Veteranen zu sorgen, diese Sorge verhindert haben.

Wohl am umfangreichsten und wichtigsten war die Besprechung des Medizinallwesens, das bekanntlich seit einigen Jahren dem Ministerium des Innern unterstellt ist. Hier wurde von verschiedenen Rednern und auch vom Regierungsvertreter weidlich über den Geburtenrückgang in Preußen geklagt. Daß diese Klagen begründet sind, unterliegt keinem Zweifel; aber um sie zu beseitigen, muß man den Ursachen des Geburtenrückganges auf den Grund gehen. Und das besorgte unser Genosse Ströbel in einer mehr als einstudiven Rede in vorzüglicher Weise. An Hand der Ergebnisse wissenschaftlicher Forschungen erbrachte er den Nachweis des engen Zusammenhanges zwischen sozialer Lage und Krankheit, namentlich der Kindersterblichkeit, der Tuberkulose und der Geschlechtskrankheiten. Vordem hatte bereits Dr. Mugdan von der Fortschrittlichen Volkspartei, wenn auch nicht so ausführlich, dasselbe Thema behandelt. Nach der Rede des Genossen Ströbel wurde die weitere Beratung auf Sonnabend vertagt.

Internationale Verständigung über Afrika?

Die „B. Z.“ meldet, ein in Berlin weilender bekannter englischer Parlamentarier habe mitgeteilt, die englische Regierung trage sich mit dem Gedanken der Einberufung einer internationalen Afrikakonferenz, die dem Zweck dienen soll, eine vernunftgemäße Regelung möglichst aller großen Kolonialfragen auf afrikanischem Boden anzustreben. Als Ort der Tagung sei vorläufig der Haag in Aussicht genommen.

Landtagswahl in Sachsen-Altenburg.

Die bis jetzt bekannt gemordenen Ergebnisse der Wahlen vom 6. Februar bedeuten eine schwere Niederlage des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie. Die Reichsverbandskandidaten sind überall durch die sozialdemokratische Mehrheit geschlagen worden. Die Reichsverbandsstimmen sind stark gefallen. Die städtischen Wahlkreise in der dritten Abteilung sind mit übergroßen sozialdemokratischen Mehrheiten behauptet worden. In Altenburg-B. und in Neustadt haben in der zweiten Abteilung die Fortschrittler mit Hilfe der Sozialdemokraten die Reichsverbandskandidaten besiegt. In zwei von den vier ländlichen Wahlkreisen ist der sozialdemokratische Vorkandidat zum Stillstand gekommen. Im 3. und 4. ländlichen Kreise, deren Ergebnisse noch nicht vollständig vorliegen, ist dagegen ein starkes Fortschreiten der Stimmen zu erkennen. Im 6. und 7. Landkreise ist die Stimmenzahl um etwa 200 gesunken. Das Wahlergebnis aus dem so scharf umstrittenen 4. ländlichen Kreise steht noch aus. Nach den vorliegenden Abstimmungsergebnissen dürfte auch diesmal wieder, wie 1910, die Entscheidung an einigen Stimmen hängen.

Von den Sozialdemokraten sind gewählt: Böhmle, Dikreiter, Mejschke, Wunderlich, Faulian und Piesch. In Altenburg-A. wurde Mejschke mit 1187 gegen Kaje (Reichsverb.) 623 Stimmen gewählt, in Altenburg-B. Wunderlich 1994 gegen Snesch 389, Dikreiter im 2. städtischen Kreis 2000 gegen Gebr (Reichsverb.) 414, im 5. städtischen Kreis Böhmle 1307 gegen Delfe 287, im 6. ländlichen Kreis Faulian 812 gegen Kraft 722, Piesch im 3. ländlichen Kreis mit über 2000 gegen Gleichen 1200.

Österreich-Ungarn.

Der ungarische Wahlrechtskampf. Der Wahlrechtsauschuß hat programmäßig seine Beratungen begonnen. Das Interesse des ganzen Landes richtet sich jetzt auf diese Beratungen. Der Wahlrechtsauschuß wird täglich vormittags Sitzungen abhalten. Die Arbeit dürfte sehr langwierig werden, jedoch ist ein Übereinkommen in diesem Auschuß gesichert und es wird dort zu keinem Konflikt kommen. Damit ist freilich das Schicksal des Wahlrechtsentswurfs noch nicht entschieden. Das letzte Wort hat das Volk. Der Ministerpräsident Enkasz hat gleich in der ersten Sitzung des Ausschusses erklärt, daß der Gesetzesentwurf in seinen Hauptformen unverändert bleiben muß. Graf Kisza veröffentlichte dieser Tage einen Artikel, worin er wohl zugibt, daß im Interesse der industriellen Arbeiterschaft Erweiterungen des Wahlrechts notwendig erschienen, im Interesse des nationalen Staates müsse jedoch die Wählerzahl beschränkt bleiben. Es herrscht die Meinung, daß der Wahlrechtsauschuß die Altersgrenze der Wähler auf 30 Jahre belassen, daß aber die Bestimmung, wonach industrielle Arbeiter nur dann Wähler sind, wenn sie zwei Jahre bei demselben Unternehmer arbeiten, fallen werde. Es wird angenommen, die Regierung mache diese Konzession, weil die industrielle Arbeiterschaft den Generalstreik vorbereitet und die Regierung diesen fürchtet. Die sozialdemokratische Partei hat am Dienstag ein Flugblatt an die Soldaten herausgegeben. Dasselbe wurde konfisziert, jedoch hatten

die Soldaten in den Kasernen bereits ihren Teil in Empfang genommen. Am Freitag gibt die sozialdemokratische Partei ein Flugblatt an die Werkarbeiter heraus, das in ungarischer, deutscher, slawischer und rumänischer Sprache abgefaßt ist.

Belgien.

Die Wahlreform. Die Kammer lehnte mit 99 gegen 83 Stimmen einen Antrag unserer Genossen auf Einführung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts ab. Vor der Abstimmung verlas Vandervelde im Namen der sozialistischen Fraktion eine Erklärung, woraus hervorgeht, daß nunmehr nach der Schlage der Generalstreik unvermeidlich sei, d. h. daß die Mehrheit dadurch, daß sie jeden vermittelnden Vorschlag ablehnte, die Arbeiter zwingt, ihrerseits die äußersten Schritte zu unternehmen. — Am Tage vor der Abstimmung kam es zu einem Zwischenfall. Der katholische Abgeordnete aus Flandern, Gieleu, rief einem anderen Redner seiner Fraktion, der von dem französischen Wahlsystem sprach, zu: Frankreich ist eine moralische Republik. Der Präsident der Kammer und der Ministerpräsident protestierten gegen diese Ausdrucksweise, nachdem sie aus der Mitte des Hauses interpelliert worden waren. Der Kammerpräsident erhob sich und rief: „Vive la France!“ In diesen Ruf stimmte die Kammer ein. Der Abgeordnete Gieleu schränkte nachher seinen Ausruf dahin ein, daß er ihn nur in bezug auf das französische Wahlrecht gebraucht haben will.

Balkan.

Die Kriegslage. Vom Kriegsschauplatz liegen auch heute wieder eine Reihe Meldungen vor, die so recht zeigen, was von den Despeichen beteiligter Mächte zu halten ist. Während die Türken nach wie vor bestreiten, auf der Halbinsel Gallipoli geschlagen zu sein, melden die Bulgaren große Siege. Die Türken sollen sich danach panikartig zurückgezogen haben und sollen 15 000 Mann verloren haben. Über 10 000 Türken sollen gefangen genommen sein. An den Kämpfen um Gallipoli hat auch die türkische Flotte teilgenommen.

Bei Schatalbcha kam es zu heftigen Zusammenstößen, bei denen die Bulgaren die Türken und die Türken die ersteren zurückgeworfen haben wollen.

Adrianopel wird jetzt Tag und Nacht beschossen.

Dem „Lemps“ wird aus Mudros auf Lemnos telegraphiert: Der griechische Militärflieger Leutnant Mutufis unternahm in Begleitung eines Fährichs mit einem Wasserflugapparat von Lemnos einen Flug über die Dardanellen und kreuzte trotz der gegen ihn abgefeuerten zahlreichen Schüsse wiederholt oberhalb des vor Nagara liegenden türkischen Geschwaders, schleuderte vier Bomben auf den türkischen Leuchtturm und landete sodann auf Imbros.

Gkutari wird gegenwärtig von allen Seiten angegriffen.

Der „Rölnischen Zeitung“ wird gemeldet: Die gestrige längere Sitzung der Vorkämpfervereinigung in London dürfte sich u. a. mit der Frage der Abgrenzung Albaniens beschäftigt haben. Da die Verhandlungen geheim sind, ist es müßig, Betrachtungen über den Verlauf der Sitzung anzustellen. Es scheint aber doch, als müsse die bisherige europäische Arbeit in der albanischen Abgrenzungsfrage keineswegs so ungünstig beurteilt werden, wie es noch in den letzten Tagen in Meldungen der Presse von verschiedenen Seiten geschehen ist.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Sonnabend, 8. Februar.

Tarifbewegung im Gastwirtsgerwerbe. Vom Verband der Gastwirtsgehilfen wird uns mitgeteilt, daß die Gastwirtsgehilfen mit dem heutigen Tage in eine Tarifbewegung eingetreten sind. Die ersten Unterhandlungen mit dem Verein der Gast- und Schankwirte für Lübeck und Umgebung haben bereits stattgefunden.

Ein grauenhaftes Familiendrama spielte sich gestern in der Schwartauer Allee 4a ab. Der 29 Jahre alte Kaufmann Delfs hat seine um ein Jahr jüngere Frau sowie seine beiden Kinder im Alter von 3 und 5 Jahren vergiftet und sich dann selbst erhängt. Auch die Kusine Delfs' nahm sich mit Hilfe eines Strides das Leben. Frau und Kinder lagen im Bett, wo sie Kaffee getrunken hatten, in den Delfs Gift geschüttet hatte. Wie der Mann, der sonst als lebensfroher Mensch bekannt war, zu dieser furchtbaren Tat kam, war bisher nicht zu ermitteln. Er betrieb in der Ziegelstraße ein Importhaus für Wagenbaubedarfsartikel, in dem die Kusine ebenfalls tätig war. Man nimmt an, daß finanzielle Schwierigkeiten die Ursache der schrecklichen Tat bilden. Ob die andere Lesart, die von einem Liebesverhältnis, mit der konstanten tätigen Kusine spricht, hinter das tiefe Trauergekommen wäre, irgendwelche tatsächlichen Anhaltspunkte hat, entzieht sich unserer Kenntnis. Delfs Vermögensverhältnisse sollen nicht als schlecht gegolten haben.

Eine gräßliche Mordtat bei Rothebeck wurde gestern Abend an der 21jährigen Tochter des Landmannes Dettmann in Kronsförde vollbracht. Das Opfer des gemeinen Mörders ist von ihm vergewaltigt und nachher mit einem Knüttel erschlagen worden. Wie ungemein roh der Dursche vorging, ergibt sich aus der Lage, in welcher das Mädchen aufgefunden wurde. Er hatte ihm zwei Brotbeutel in den Mund gesteckt und die Hände gefesselt. Die Kleider waren hochgestreift. Nachdem die Unglückliche des Mörders Streichen erlegen war, schleppte er das Mädchen auf eine Koppel hinauf, wie die Blutspuren zeigten. Wie in Erfahrung zu bringen ist, war das Mädchen nach Lübeck gegangen, um Besorgungen zu machen und wurde dann auf dem Heimwege von dem feigen Durscher überfallen. Von der Kriminalpolizei wird uns zu der Mordtat mitgeteilt: Heute vormittag gegen 7 1/2 Uhr wurde an der Chaussee Lübeck-Kronsförde bei Rothebeck eine weibliche Leiche aufgefunden, welche später als die 21jährige Tochter des Gärtners Dettmann aus Kronsförde festgenommen wurde. Nach dem an Ort und Stelle getroffenen Feststellungen liegt Nord vor. Offenbar ist die Dettmann auf der Chaussee überfallen und sodann nach der Fundstelle auf einen an

die Chauffee grenzenden Acker geschleppt worden. Am Tatort wurden mehrere Brotbeutel sowie ein geknöpfter Blumentopfstock vorgefunden. Der Stock ist mit Blausäure bemalt und ist eine grobe Handschneidarbeit, wie sie vielfach von beschäftigungslosen Personen in den Herbergen ausgeführt wird. Es erscheint sehr wahrscheinlich, daß der Täter ein arbeits- und wohnungsloser Mensch ist. Die Ermordete ist gestern abend 1/9 Uhr zuletzt in nächster Nähe des Latorles gesehen worden, daselbst wurde auch ein mit Blut besetzter Knüttel vorgefunden, mit dem die Ermordete jedenfalls erschlagen worden ist. Der Täter hat jedenfalls Blutspuren an seiner Kleidung. Sachdienliche Mitteilungen werden von der Kriminalpolizei entgegengenommen.

Über die Tätigkeit der Kommission für Jugendwandern im Vereinsjahr 1911/12 wird berichtet: Die Hauptarbeit der Kommission für Jugendwandern bestand in der Veranstaltung von Ferienwanderungen der Schüler und Schülerinnen. Die im Vorjahre gemachten günstigen Erfahrungen veranlaßten uns, diese Ausflüge weiter auszubauen. In dankenswerter Weise bewilligte uns die Oberschulbehörde einen Betrag von 200 Mark, jedoch wtr die geplanten Wanderungen erfolgreich durchzuführen konnten. Überwiesen wurde uns ferner der Überfluß eines vom Lübecker Lehrer-Gesangverein veranstalteten Volksschülerkonzertes. Diese Summe — 209,75 Mark — wurde zur Verbilligung der Ausflüge für die Kinder aus den Volksschulen verwandt. Welche erfreuliche Fortentwicklung die Ferienwanderungen genommen haben, zeigen am deutlichsten die Beteiligungszahlen. Im Jahre 1911 nahmen 495 Kinder an den Ausflügen teil, 1912 wuchs die Zahl auf 1014. Der Umlauf betrug 1911 733,75 Mark. Er stieg 1912 auf 1757,83 Mark. Der Kasienabschluss ergibt bei einer Einnahme von 1732,65 Mark und einer Ausgabe von 1757,82 Mark einen Fehlbetrag von 25,18 Mark. In der Konzertsaison befanden sich am Schlusse des Geschäftsjahres noch 106,35 Mark. Durch den Kartenverkauf wurden 1330,55 Mark eingenommen. Ausgegeben wurden u. a. für Dampferfahrt 191,90 Mark, für Eisenbahn 733,18 Mark, für die Straßenbahn 5,55 Mark, für Quartier, Verpflegung, Getränke (Eimer, Becher, Saff) 414,39 Mark. Teilnehmerkarten für die Ausflüge waren in den Schulen (Volkss- und Mittelschulen), sowie in zwei öffentlichen Verkaufsstellen und unserer Geschäftsstelle zu haben. Um die Kinder stets auf die segensreiche Einrichtung der Ferienwanderungen hinzuweisen, kam ein in Steindruck ausgeführtes Plakat zur Verteilung an die Schulen. 27 Ferienwanderungen wurden unternommen, drei davon waren mehrtägige Ausflüge. Diese führten nach Hamburg-Helgoland (2 Tage), nach dem Sachsenwald und Wierlanden (2 Tage) und nach dem Harz (5 Tage). Bei dem Ausflug nach Helgoland schlossen wir uns der Helgolandfahrt Hamburger Kinder an, die der Verein für Ferien-Wohlfahrtsbestrebungen in Hamburg führte. Auf den eintägigen Ausflügen wurden im ganzen 36 Knaben- und 38 Mädchen- gruppen gebildet. In jeder Gruppe waren durchschnittlich 13—14 Kinder. Die Lehrer und Lehrerinnen, die die Führung übernahmen, waren durch die Kommission gegen Haftpflicht versichert. Entschädigungen erhielten die Führer und Führerinnen nicht. Nur die persönlichen Fahrkosten und Ausgaben für Beschäftigungen wurden ihnen ersetzt. Auf den eintägigen Sommerwanderungen, sowie auf einem Tagesausflug in den Herbstferien erhielten die Kinder Johannisbeermarmelade, die sie sich selbst in mitgeführten Segeltuch-eimern herstellten. Am 14. Mai 1912 konnten wir Hülfstraße 69 eine Geschäftsstelle errichten. Sie war an 22 Tagen während zweier Nachmittagsstunden geöffnet und wurde von 200 Personen (49 Erwachsenen und 151 Kindern) besucht. 171 Karten für die Ferienwanderungen wurden dort verkauft. Um den Lehrern und Lehrerinnen die Durchführung von Schulwanderungen zu erleichtern, soll unsere Geschäftsstelle zu einer Auskunftsstelle für Jugendwandern werden. Die Kommission für Jugendwandern besteht aus 5 Vertretern des Lübecker Lehrer-Turnvereins, 5 Vertretern der Turnvereinigung Lübecker Lehrerinnen und 2 Vertretern der Vereinigung für Jugendfürsorge. Vorsitzender der Kommission ist E. Werner, Kasienführer W. Sterln, Schriftführerin Fr. S. Schulz.

Vorträge der Oberschulbehörde. In der letzten Vortragsreihe in diesem Winterhalbjahr wird Herr Syndikus Dr. Wallroth über das Thema sprechen: „Das neue Russland und seine wirtschaftliche Bedeutung“. Herr Syndikus Dr. Wallroth ist aus eigener Anschauung mit den russischen Verhältnissen bekannt, da er an einer großen von der Vereinigung für staatswissenschaftliche Fortbildung veranstalteten Studienreise durch Russland teilgenommen und dort eine Menge von Dingen gesehen hat, die andere selbst bei langem Aufenthalt im Lande nicht erfahren. Außerdem hat er im Zusammenhang mit den schon eingeleiteten Vorarbeiten der Handelskammer für den neuen deutsch-russischen Handelsvertrag die eingehendsten Studien über die russischen Verhältnisse aus der wissenschaftlichen Literatur über Russland gemacht, Herr Dr. Wallroth wird versuchen, in 4 Vorträgen ein möglichst abgeschlossenes Bild von russischen Volks- und Wirtschaftsleben zu geben. Die Vorträge finden in der Aula der Ernestinen-schule an den Freitagen, 14., 21. und 28. Februar und 7. März statt. Das übrige ist aus der Bekanntmachung an den An-schlagskäulen zu ersehen.

mh. Neuere deutsche Dichter. Selbstbildungskurse im Johanneum. Vor einem zahlreichen Publikum eröffnete am gestrigen Abend Herr Prof. Antkes seinen Vortragszyklus über das obige Thema. Redner verstand durch seine sesselnde Vortragsweise das Interesse aller Zuhörer zu gewinnen. Nichts ist für die Dichtung verderblicher, als wenn sie nur zum Luxus und Zeitvertreib für Leute dient, welche sie eben nur als Mittel benutzen, sich die Zeit zu vertreiben. Der eigentliche Zweck der Dichtung aber liegt darin, jonnige Lichtstrahlen in unser durch Arbeit und Sorgen umschattetes Leben zu werfen. Im Jahre 1884 kurz vor Weihnachten tauchte auf dem Büchermarkt ein ganz eigenartiges Buch, betitelt „Moderne Dichter-Charaktere“ auf. Das Werk, das eine Anzahl Dichter in einer Sprache reden ließ, die von den wirtschaftlichen Sorgen, den Fabriken und dem Großstadtleben berührt, wird als der Anfang und Wegweiser der neuen deutschen Dichtung bezeichnet. Man erkannte endgültig, daß durch ein Schöntum mit Worten und eine Spielerei von Gedanken dem Zeitgeiste keinen Ausdruck verliehen werden konnte, sondern man nahm den Stoff direkt aus dem täglichen Leben. In die erste Reihe der Voriker dieser Richtung gehört Arno Holz, von dem der Vortragende einige Proben zu Gebote brachte. Eins seiner realistischsten Gedichte ist der „Grüßling“, den er allerdings nicht so sehr zum Tadel so vieler schüchtern-taler Reimer befragt, sondern seinen Einzug in das Getöse der Großstadt in selten und markanten Strichen schildert. Ein anderer nennenswerter Vertreter dieser Zeit ist Otto Julius Bierbaum, der in recht leichter Weise schrieb und die Verse nur aus dem Arm-1 zu schütteln brauchte. Doch findet er aber auch wunderbare und tiefe Lüne, wie sie z. B. aus dem „Abendlied“ oder dem „Gebet des Ritters im Gelde“ heraus-springen. Ein uns rätselhaft nahelebender Dichter ist Gustav Falke, der 1853 in Lübeck geboren wurde und jetzt in Ham-burg lebt. Seine Gedichte wie z. B. „Seine Ohren“, „Späte Rosen“, „Das Birtenabümchen“ verraten wunderwolle Melo-

dien. Otto Ernst, dessen größte Stärke allerdings nicht in der Lyrik liegt, zeigt durch „Der Erbe“ das Erfassen des neuen Geistes. Ein Dichter, der um diese Zeit schon über 60 Jahre zählte und erst durch die Verteidigung der neuen Richtung in weitere Kreise drang, war Theodor Fontane. Unter seinen Gedichten bilden besonders die Balladen wie z. B. „Arbeitslohn Douglas“ den wertvollsten Bestandteil seiner lyrischen Kunst. Am nächsten Freitag wird Herr Prof. Antkes die beiden großen Epiker Keble von Villenron und Richard Dehmel gegenüberstellen.

mh. Vom menschlichen Sehen. Vortragswesen der Ober-schulbehörde. Donnerstag abend eröffnete Herr Dr. med. Schlotmann seinen Vortragszyklus über obiges Thema. — Von den Sinnesorganen ist das Auge das am meisten ge-brauchte und der treueste Führer des Menschen. Es lauscht der Natur ihre Geheimnisse ab, sei es durch direkte oder in-direkte Vermittlung wie z. B. durch das Mikroskop, das Fern-rohr usw. Um sich eine ungefähre Vorstellung von der Tätig-keit des Auges machen zu können, muß man von dem anatomi-schen Aufbau desselben Kenntnis haben. In seinen weite-ren durch zahlreiche Lichtbilder erläuterten Ausführungen be-schäftigte sich Redner mit der Zusammenfassung und der Funk-tion des Auges, die äußerst kompliziert in ihrer Art sind. Von besonderem Interesse ist die Frage: Wie erhält man sich die Leistungsfähigkeit des Auges? Hier begegnet man häufig Anpreisungen in Zeitungen von Pflanz-, Wädern, Tropfen und Geheimmitteln, die den Zweck haben, das Auge zu stär-ken. Ein gesundes Auge aber bedarf solcher Mittel nicht. Es kommt vielmehr alles, was man zur Pflege des ganzen Kör-pers tut, auch dem Auge zugute. Speziell in seinem In-teresse liegt die Schaffung möglichst günstiger Beleuchtungs-verhältnisse. Das Sonnenlicht ist das angenehmste für das Auge. Dagegen herrschen über den Wert der künstlichen Be-leuchtungsarten vielfach Unklarheiten. Während das Tages-licht überall gleichmäßig verteilt ist, treten bei der künstlichen Beleuchtung unermittelte Kontraste zwischen hell und dunkel auf, was für das Auge eine erhebliche Arbeitsleistung be-deutet. Die Beurteilung des Nutzens der künstlichen Be-leuchtungsarten kann nach verschiedenen Gesichtspunkten er-folgen. Beispielsweise steht in Hinblick der physikalischen Zu-sammensetzung das Petroleum obenan, dann folgen das elek-trische, das Gas- und das Gasglühlicht. Die Birnen für das elektrische Licht sollten stets mattiert sein. Zum Schluß seines Vortrages machte Herr Dr. Schlotmann darauf aufmerksam, daß er am nächsten Donnerstag über das Gebiet der Brille sprechen wird, das besonders durch die Unmenge der vorkom-menden Abweichungen von normalen Augen interessiert.

Motorbootverbindung auf der Wakenitz nach dem Nabe-burger See. Nach einer uns gewordenen Mitteilung hat der Unter-nehmer der Motorbootverbindung von Lübeck nach dem Nabe-burger See, Herr Ad. Bogaste, zur Vergrößerung seines Be-triebes zu seinen bisherigen, die Verbindung aufrecht erhal-tenden beiden Motorbooten, 2 weitere Boote mit Kajüten hin-zuzuerworben. Wie wir erfahren, sollen die Boote bereits in kürzester Zeit der Wakenitz zugeführt und bei Eröffnung des Schiffsverkehrs in Betrieb gestellt werden. Im In-teresse des Personenverkehrs auf der Wakenitz können wir diese Vergrößerung des Betriebes durch die Neuanschaffung der beiden weiteren Boote nur auf das lebhafteste begrüßen; ist doch dadurch jetzt auch dem größeren Teil des Publikums, den größeren Vereinen wie auch den Schülern hiesiger Schu-len in größerer Anzahl Gelegenheit geboten, die herrlichen Wakenitzpartien kennen zu lernen.

b. Die Strafkammer sprach gestern den Kapitän K. im Verurteilungsverfahren von der Anklage des Diebstahls frei. Die erste Instanz hatte einige Tage Gefängnis ausge-sprochen. — Wegen Diebstahls waren die Arbeiter G. und L. angeklagt. Sie hatten einem schlafenden Mann in der Herberge ein paar Damenstiefel weggenommen, zum Tröddler getragen und für 1,10 Mk. verkauft. Der Betrag wurde in drei Teile geteilt. Der dritte Beteiligte ist nicht aufzufinden. G. wird wegen Rückfalldiebstahls zu drei Monaten und L. zu drei Wochen Gefängnis verurteilt. — Ein 15jähriger Bengel wurde wegen Verbredens gegen die Sittlichkeit zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Das Gericht ließ in weitestem Maße Milderungsgründe gelten und empfahl dem Offizialverteidiger, sich für die bedingte Begnadigung ins Zeug zu legen.

Das Opfer des Brausefelder Mordes ist kein Lübecker, wie wir nach der Meldung auswärtiger Blätter mitteilten. Von Herrn Handelsgärtner Boon-Hartmann in Timmendorfer Strand wird uns mitgeteilt, daß sein Sohn, der angeblich ermordet sein sollte, sich in Kirchheim in Bran-denburg befindet und sich besten Wohlsins erfreut.

Der Arbeiterbildungsverein veranstaltet morgen im Stadttheater eine Aufführung des harmlos-lustigen Lust-spiels „Im weißen Röhl“ und des wichtigen Einakters „Vot-tchens Geburtstaa“ von Thoma. Den Zuschauern sind damit einige fröhliche Stunden sicher. Der Anfang ist auf präzise 8 Uhr festgesetzt. Am Störungen zu vermeiden ist es drin-gend notwendig, daß die Besucher der Vorstellung-spätestens um 2/4 Uhr im Theater erscheinen.

Im Gewerkschaftsbaus wird morgen abend ein humoris-tisches Kochbierfest arrangiert, das in seiner Art Besonderes bieten wird. Es sind Vorträge bekannter Humoristen vor-gesehen und für sonstige Unterhaltung bestens Sorge ge-tragen. Die ganze Veranstaltung ist im großstädtischen Stil gehalten und dürfte des regsten Zuspruchs gewiß sein. (Siehe Inserat.)

Im Stadthallen-Theater wurde gestern „Das Modell“ gegeben. Es ist ein derart fades, pikantes und humorloses, ödes Zeug, was im „Modell“ geboten wird, daß sich selbst Dilettantenbühnen dafür bedanken würden, diesen Schmarren aufzuführen. Im Interesse des Stadthallen-theaters wollen wir daher nicht weiter über „Das Modell“ reden und wollen nur hoffen, daß die Direktion recht bald diesen Mißgriff gut macht. Zu bebauern waren — außer dem Publikum — auch die Darsteller, die uns schon in Sachen von Strindberg und Ibsen gezeigt haben, daß sie etwas leisten können und gestern ihre Kräfte an diesem Schund verwenden mußten. Selbst das anspruchlosste Publikum, das auch gestern zahlreich erschienen war, konnte sich nicht erwärmen und ver-ließ unbefriedigt das Theater.

Hanatheater. Man schreibt uns: „Rund um die Aster“ hat hier in Lübeck eine herartige Wirkung, daß das Hanatheater täglich bis auf den letzten Platz ausverkauft ist. Des-halb ist es notwendig, sich rechtzeitig mit Karten zu versehen.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Der Spiel-plan dieser Woche zeigt u. a. auch eine besonders inter-essante Erstaufführung an: Adolf Paul, der eingewanderte, deutsch gewordene Dichter, unter den jüngeren einer der fesselndsten, wird mit seiner Komödienichtung „Die Sprache der Vögel“ am Mittwoch bei uns zur Auf-führung kommen. Wertvolles hat der Dichter auch für die Bühne geschaffen. Vor allen haben ihn seine Komödien „Die Teufelskirche“ und „Hille Bobbe“ als Bühnendichter sehr vorteilhaft bekannt gemacht. Wie die meisten, stellt auch er ein erotisches Problem in den Mittelpunkt der Hand-lung; und er spricht mit ihr ein herrliches Gleichnis von dem vollkommenen Abereinandersehen der menschlichen Seele mit der Natur, die er in diesem Falle in den süßen Lauten — der Sprache — der Vögel findet. Als des Nibelungen-Ringes 3. Tag geht am Montag, Sieg-

fried“ mit dem Kammeränger Einar Forchhammer vom Hoftheater in Wiesbaden in der Titelpartie als Gast in Szene. In Einar Forchhammer besitzt die Bühne einen der bedeutendsten Vertreter der frischen heldenhaften Siegfried-partie. Forchhammer hat bekanntlich seine Bühnenlaufbahn in Lübeck begonnen; vor wenigen Jahren gastierte er hier wieder mit außerordentlichem Erfolge als „Siegfried“. Auch in Dortmund gastierte der Künstler in dieser Partie. Darüber schrieb unser dortiges Parteiorgan: „Von Forchhammer mußten wir vom letzten Ring her, daß er ein Siegfried sei, der aus vollem Empfinden, mit dem Instinkt der Seele, die Gestalt nachschuf und sie mit so vollkommenem Wagnerschen Geiste durchdränkte, daß seine Darstellung als der Gipfel des Möglichen bezeichnet werden darf.“ — Für Dienstag, den 11. Februar, hat der Spielplan eine nochmalige Wieder-holung von Adams „König für einen Tag“ vor-gesehen.

Rainbergs Variete. Man schreibt uns: Hier hat die Künstler-Serie einen großen Erfolg zu verzeichnen. Zwei vorzüglich Komiker sorgen dafür, daß die Lachmuskeln des Publikums in Bewegung bleiben. Aber auch die anderen Künstler, an der Spitze das Wiener Duett „Halmont“, sehen ihr bestes Können ein. Heute gelangen zwei Possen zur Auf-führung: „Mit gleichen Waffen“ und die urdastische Bur-leske „Einen Tag vor der Hochzeit“.

Trens-Borwert. Parteiversammlung. Eine Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins findet am Montag abend bei Herrn Schulz in Trems statt. Auf der Tagesordnung steht u. a. ein Vortrag des Gen. Mehrlein über den ersten Teil von Punkt 8 des Parteiprogramms: Un-entgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistandes, sowie Berufung in Strafsachen und Entschädigung unschuldig Angeklagter, Verhafteter und Verurteilter. Dieses wichtigen Themas wegen sollten alle Mitglieder erscheinen.

Hamburg. Aus der Bürgerschaft. Die Duell-affäre des Senators v. Berenberg-Göpler, die im Sommer und Herbst vorigen Jahres viel Staub aufgewirbelt hat, wurde am Mittwoch in der Sitzung der Bürgerschaft einer Aussprache unterzogen. Dabei brachten es die Redner der Rechten und des Zentrums fertig, in Hochgefühlen über die „Tapferkeit“ des Senators zu schwebeln, der sein Leben wegen einer Bagatelle aufs Spiel setzte. Daß Herr Senator Dr. Diefel seinen Kollegen in senatus nach Kräften herausstieb, war schon eher verständlich, obgleich auch da das tönende Pathos, mit dem die „Wahrung der persönlichen Ehre“ ver-teidigt wurde, nicht über das bedenkliche Manko an Verant-wortlichkeitsgefühl gegenüber dem Gesek hinwegtäuschen konnte. Und so war es dann eine Situation von ergötlichstem Reiz, als die Redner der „Umsturzpartei“, unsere Genossen Stengele und Stolten, den Senat auf seine Pflicht, in der Befolgung der Gesetze mit gutem Beispiel voranzu-gehen, hinweisen mußten. Dabei ergab sich allerdings auch eine verschiedene Beurteilung der staatsrechtlichen Frage zwischen Liberalen und Sozialdemokraten. Während die ersteren betonen, in Konsequenz der wegen des Duells über ihn verhängten Strafe hätte Senator v. Berenberg-Göpler aus dem Senat ausscheiden müssen, vertrat Genosse Stengele den Standpunkt, daß eine nichtentbrende Freiheitsstrafe weder Senatoren noch Bürgerschaftsmitglieder disqualifi-zieren könnte. Im weiteren Verlaufe der Sitzung kritisierte Genosse Hoffmann die Mißachtung der Arbeiterorgani-sationen bei der Kammerwahl und ersucht den Senat, für etwas mehr Entgegenkommen zu sorgen. Er bekam vom Senatskommissar keine Antwort. Eine beschämende Bloß-stellung ihres Scharfmachertums mußte sich die Hamburger Handelskammer gefallen lassen. Was Genosse Bartels gegen die im Jahresbericht dieser Unternehmerorganisation geforderte Verschärfung der Streikjustiz anführte, war so durchschlagend, daß der Vorsitzende der Handelskammer, Herr Pohlen, so ziemlich die Sprache verlor, als er darauf ant-worten sollte. Und ganz stumm blieb er und mit ihm die ganze Scharfmacherkompagnie, als Genosse Hoffmann sie des Terrorismus schwindels überführte.

Bremen. Eine Arbeiterdemonstration auf der Bremer Werft. Wie bürgerliche Blätter berichten, veranstalteten die gesamten Arbeiter der Aktiengesellschaft Weser in Bremen am Donnerstag eine gemaltige Demonstra-tion. Aus Anlaß der Beilegung eines vor wenigen Tagen auf der Werft tödlich verunglückten Kammeraden blieb die gesamte Arbeiterschaft, ungefähr 4000 Mann, ohne vorherige Benachrichtigung der Arbeit fern und folgte dem Verstorbenen zum Grabe. Der Betrieb auf der Werft, die gerade jetzt außerordentlich stark beschäftigt ist, ruhte deshalb vollständig.

Theater und Musik.

Neues Stadttheater. „Die Walküre“, Musikdrama in 3 Akten von Rich. Wagner. Erster Tag aus der Tetralogie „Der Ring des Nibelungen“. Es ist die Tragödie des Liebeskisses, den die „Walküre“ bringt. Siegmund, ein Sohn Wotans, gezeugt mit einem Menschenkind aus Furcht vor dem Ende der Götter, wird ein Opfer der bräutlichen Liebe zu seiner Schwester Sieglinde. Wotan selbst muß auf Drängen Fridas seine Zustimmung zum Fall Siegmunds, den er liebt, geben und die von ihm geliebte Walküre Brünnhilde, die Siegmund gegen des Vaters Willen schützt, strafend aus seinem Angesicht verbannen. Der muffaltische Ausdruck, den Waaner dieser Handlung verleiht, ist bezwingend und von tiefer Wirkung.

Leider vermochte die gestrige Wiedergabe der „Walküre“ nicht immer zu befriedigen. Herr de Garro, der sonst ein guter Vertreter des Wotan ist, war stark indispontert und konnte seine Partie nur mit Mühe zu Ende führen. Dem Siegmund und der Sieglinde, die von Herrn Schöffel und Frau Schmidt erstmalig gelungen wurden, mangelte noch die Kraft, solche Gestalten einer unter-gegangenen heroischen Welt über das Maß gewöhnlicher Opernfiguren hinauszuhoben. Einzelnes gelang den beiden strebsamen Künstlern, von denen sich besonders Frau Schmidt durch große musikalische Sicherheit und dramatischen Instinkt auszeichnet, in sehr tüchtiger Weise. Dem sonst anerkennens-werten Sounding des Herrn Fabian wären nur noch wuch-tigere Akzente zu wünschen gewesen. Die Frida wurde von Fr. Karoll mit wohlklingender Stimme gelungen. Den nach-haltigsten Eindruck empfinden die Zuhörer, die das Theater dicht halten, von der Brünnhilde der Frau Drill-Orridge vom Hamburger Stadttheater. Nicht außerordentliche stimm-liche Qualitäten sind es, welche die Künstlerin ins Feld zu führen hat, sondern ihre mit innerem Empfinden gepaarte dramatische Gestaltungskraft, die auch in ihrem Gesang Ausdruck findet, verliehen diesem Wotanskind Größe. Schwer ist es selbst für größere Bühnen, die übrigen Walküren mit ersten Kräften zu besetzen; unser Stadttheater ist, wie man gestern bemerken konnte, dazu nicht in der Lage. Das Orchester bewältigte unter Leitung des Herrn Kapellmeister-Pfeiffer seine Riesenaufgabe in hervorragender Weise.

Responsible für die Rubrik „Lübeck und Nachbargemeinde“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Steinfels, Verleger: Th. Schmarh, Druck: Friedrich Kasper & Co. Sämtlich in Lübeck.

Fertige Betten

Fertig gefüllt, aus bestem Inlett, zweifach genäht und mit doppelt gereinigten staub- und geruchfreien Federn bezw. Daunen reichlich gefüllt. Das Füllen geschieht auf Wunsch im Beisein der Kunden.

Bett 1
Kissen 1.50 Oberbett 5.95
Pfuhl 2.85 Unterbett 5.85
Komplett **15⁶⁵M.**

Bett 2
Kissen 2.10 Oberbett 8.35
Pfuhl 3.05 Unterbett 8.00
Komplett **21⁵⁰M.**

Bett 3
Kissen 2.50 Oberbett 10.00
Pfuhl 4.00 Unterbett 10.50
Komplett **27[—]M.**

Bett 4
Kissen 3.25 Oberbett 13.75
Pfuhl 5.25 Unterbett 12.50
Komplett **34⁷⁵M.**

Bett 5
Kissen 3.50 Oberbett 14.50
Pfuhl 5.50 Unterbett 15.00
Komplett **38⁵⁰M.**

Bett 6
Kissen 4.65 Oberbett 17.85
Pfuhl 5.75 Unterbett 15.75
Komplett **44[—]M.**

Bett 7
Kissen 4.95 Oberbett 19.75
Pfuhl 6.75 Unterbett 16.00
Komplett **46⁴⁵M.**

Bett 8
Kissen 5.65 Oberbett 22.00
Pfuhl 8.75 Unterbett 19.00
Komplett **55⁴⁰M.**

Bett 9
Kissen 8.00 Oberbett 25.75
Pfuhl 11.50 Unterbett 23.00
Komplett **67²⁵M.**

Bett 10
Kissen 9.75 Oberbett 29.00
Pfuhl 12.50 Unterbett 26.75
Komplett **78[—]M.**

Rudolph Karstadt, Lübeck.

Möglich und unerwartet verchied infolge Herzschlages meine liebe Frau, meiner Kinder treuversorgende Mutter

Frieda Schomacker,
geb. **Baumann**
im 84. Lebensjahre.
Aufs tiefste betrauert und schmerzlichst vermisst von den Ihrigen.

Richard Schomacker
und Familie.
Lübeck, d. 8. Februar 1913.
Marlesgrube 29. (978)
Die Trauerfeier findet am Dienstag, dem 11. Februar, nachm. 2 1/4 Uhr. in der Kapelle Vorwerk statt.

Gesucht zu Otern (950)
1 Zimmerlehrling.
Fick & Trilck
Gindenstr. 53a Kronsforder Allee 55a.
Möbl. od. leeres Zimmer
zu vermieten.
(952) Krausestraße 12, part.
Durch Zufall zum 1. April eine Wohnung zu vermieten. (976)
M. Knüppel, Stofelsdorf.
Dabei ein Stall zu verkaufen.

Erstklassige Kautabake
v. Grimm & Triepel, Nordhausen
sind überall zu haben. 291

Alle Sorten Brennmaterialien
liefert zu billigst. Preisen frei Haus
Hans Lübecke,
Wickedestr. 33-35. Teleph. 2378.
Bei Lieferung (112)
ab Lager ermäßigte Preise.

Glasscheiben
aller Art billigst, auch im einzelnen.
Kitt, Draht, Glaserdiam. v. 4 M an.
Oscar Tauchnitz, Fensterglas-Handl.
Huxierstr.-Allee 13. — F. 808. (905)

Ständes trocken
Buchen-Abfallholz
ab Fabrik 80 Pfg. und frei Haus
1 Mt. pro Lad. (4)
F. E. Schacht & Co.,
Tel. 239. Moislinger Allee 41.

Uhren, Goldwaren
nebst (931)
Reparatur-Werkstatt
empfiehlt
Willy Westfahl,
322 Golstenstr. 322

„Eichenbaum“
Schwarzwald-Restaurant.

Nachruf.
Am 6. Februar starb nach langem schweren Leiden unser Turnvereinsmitglied

Wilhelm Ring
im 23. Lebensjahre.
Seine letzten Andenken!

Die Beerdigung findet statt am Montag, dem 10. Februar, nachmittags 4 1/2 Uhr vom Trauerhause. Die Leichenfeier versammelt sich im Trauerhause nachmittags 7 Uhr.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.
Suche für mein Blumengeschäft

ein Lehrling
zum Besetzen. (972)
Herm. Suckstedt, Rosenb. Allee 48.

Schuhmacher
aufort gesucht. (979)
Kronsforder Allee 94a.

Restaurant „Zum Stadttheater“

Halte allen Freunden und Bekannten, sowie Theaterbesuchern mein Lokal bestens empfohlen. (988)
Hans Grevesmühl, Fichtgr. 27.

Betten-DuVe liefert bestens und billigst.
162 Gr. Burgstr. 32.

Schneeweiße Wäsche
gibt **Kagoda-Schneewäsche**. Ohne Color. Garantiert un-
schädlich. Bei schweren Beschädigungen geben wir gratis und franco
verworfene Gegenstände z. B. gegen Garantie von 10 Pfg. 1 echt
silbernes Dekor, 1 Paar Messer u. Gabeln. Verlangen Sie Pro-
spekte beim Kaufmann.
Kagoda gibt nach dem heutigen Stande der Wissenschaft als
bestes Waschmittel. Nicht zu helfen ist denen, die es nicht glauben
und keine Beratung mit Kagoda machen. (230)

Theater-Restaurant.

Halte allen Theaterbesuchern mein Lokal bestens empfohlen. (987)
H. Schult, Beckergrube 17.

Hintze & Stech
Größte Möbelfabrik Lübecks
empfehlen 882
Wohnungseinrichtungen.
Direkter Verkauf an Private zu billigen Preisen
gegen bar in der Fabrik:
Moislinger Allee 60.

(986)
Ahrbergs
Hannoversches
Flomensalmalz
von nur eigenen Schlachtungen
à Pfund 1 Mk.
in der Verkaufsstelle
Königstr. 93
Tel. 2008.

Trinkt
Bunteküh-Kümmel
Eingang
Eingang
Eingang

Durch Zufall
habe einen größeren Posten wirklich gute, billige **Zigarren**
abzugeben und verkaufe solange der Vorrat reicht
Stück 4 Pfg., 100 Stück 3.75 Mt.
Man beachte meine Schaufenster. **J. Wetterich,**
Tabak u. Roarrenegehalt. Unterrabe 87, Ecke Beckergrube.

Betten
aus allererster Hand in größter Auswahl:
Fertige Betten
15.— 20.— 30.— 45.— 57.— Mark usw.
Bedeutendes Lager aller Sorten.
Bettfedern und Daunen.
Inlette vom Stück und auch fertig genäht, garantiert federdicht.
Füllen der Betten jederzeit und auch im Beisein der Kundschaft.
Fertige Bettwäsche aller Art
in großer Auswahl zu billigsten Preisen.
Auf Lieferung bestellte Betten und Aussteuerartikel werden auf
Wunsch unter unserer Garantie frei gelagert und erst bei Ablie-
ferung in Rechnung gestellt. 978

Gebrüder Barg, Kohlmarkt 5.
Lübeck-Marken oder 4 Prozent in bar.

Täglich
in allen Verkaufsstellen:
Frisches
Kraft-Dauer-Brot
C. Siemers, Struckmühle.
103) Fernsprecher 1110.

Alle Sorten
Weine und Spirituosen
auch im Kleinverkauf u. Anschauung
290) empfiehlt
J. Höpner, Beckergr. 66.

Carl Folkers
Möbelmagazin
25 Marlesgrube 25.
Vollst. Wohnungseinrichtungen.
Selbstgefertigte Arbeiten.
Größte Auswahl.
1) Billigste Preise.
Weitgehendste Garantie.
Zimmereinricht. stets vorrätig.
Lieferung frei Haus
auf eigenem Möbelwagen.
: Teilzahlung gestattet :
Bei Barzahlung Rabatt.
Gebe rote Lubeca-Rabattmarken.

Beerdigungs-Institut
Pietät 289
Heinrich Grimm
Wickedestr. 49. Fernruf 1424.
Übernahme von Erd- und
Feuerbestattungen.
Überführungen mit eigenem
Transportwagen.

Moderne Photographien
zu billigen Preisen.
Atelier Lubeca, Breitestr. 13.
Sonn- und Wochenlages den ganzen
Tag geöffnet; des Abends Auf-
nahmen bei elektr. Licht. (497)

Moderne Garnituren durch Zufall
nur 90 Mt., prachtvolle
Salongarnitur statt 220 Mt. nur
165 Mt., direkt an Private, Hän-
dler verboten. Lager **Wahmstr. 83.**
Inhaber **Fachmann.** Salon- und
Auszugische 18 Mt., Spiegel, Tru-
meaus, Verticos, Schreibtische,
Buffets, Divans, Umbauten, Leder-
stühle, Schlafzimmer, Küchen, Stühle.
Silber jetzt enorm billig. Tisch-
garnitur ff. 85 Mt. (152)

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“.

Berlin, den 7. Februar 1913.

106. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Dr. Delbrück.

Etat des Reichsamt des Innern.

15. Tag.

Die Beratung wird beim Außerordentlichen Etat „Förderung der Herstellung von Kleinwohnungen, 4 Millionen Mark“ fortgesetzt.

Jäger (Z.) bleibt auf der Tribüne unverständlich.
Götting (M.): Wir hoffen, daß ein Reichsrahmengesetz die in den einzelnen Bundesstaaten geschaffenen oder zu schaffenden Wohnungsgesetze zusammenfaßt und daß dabei die vom Reichstag mehrfach geäußerten Wünsche zur Geltung kommen. Für sehr notwendig halten wir ferner Maßnahmen zur Hebung des Kredites, z. B. ein Reichspfandbriefamt.

Graf Westarp (K.): Die Wohnungsgesetzgebung, so weit sie sich auf die Wohnungsaufsicht bezieht, ist Sache der Einzelstaaten. Auch der Staatssekretär steht nach seinen Erklärungen in der Budgetkommission auf demselben Standpunkt und meint, für das Reich komme nur ein inhaltlich wenig bedeutungsvolles Rahmengesetz in Frage. Er teilte mit, daß in Preußen Verhandlungen über ein Wohnungsgesetz schweben, und fügte hinzu, falls Preußen in diesem Jahre nicht eine Vorlage einbringe, werde die Reichsgesetzgebung eingreifen. Mit dieser Erklärung können meine politischen Freunde sich nicht einverstanden erklären. Formell hat das Reich die Befugnis zur Erweiterung seiner Zuständigkeit. Die Zuständigkeit darf aber keineswegs mit der Begründung erweitert werden, daß der Inhalt der Landesgesetzgebung auf einem ihr vorbehaltenen Gebiet den Reichsorganen nicht genügend erscheint. Deshalb müssen wir uns auch gegen die gestrige Äußerung des Grafen Posadowski wenden, wenn das preussische Gesetz den Bedürfnissen des Volkes nicht genüge, müsse das Reich eingreifen. Das Reich hat keine Kontrolle über den Inhalt der Gesetze der Einzelstaaten. (Lebh. Zustimmung; Widerspruch und Hört, hört! links.) Wenn es Bismarck gelungen ist, die zentrifugalen Kräfte im Reich zurückzuhalten, so deshalb, weil er immer darauf gehalten hat, die den Einzelstaaten vorbehaltenen Befugnisse zu achten. Die Erklärung des Staatssekretärs gewinnt noch erhöhte Bedeutung durch den Zeitpunkt, in dem sie abgegeben wurde. In Preußen waren die Verhandlungen fast bis zum Abschluß gediehen, und Preußen hatte seine Genehmigung zur Einbringung eines Gesetzes zu erkennen gegeben. Trotzdem kündigte der Staatssekretär das eventuelle Eingreifen der Reichsregierung an. Es vergeht kaum eine Woche, ohne daß meine Freunde hier dagegen protestieren müssen, daß der Reichstag in einzelstaatliche Angelegenheiten eingzugreifen sucht. Mit dem Reichsgesetz, mit dem Mißtrauensvotum in die Enteignungspolitik, mit dem sozialdemokratischen Antrag auf Änderung des Wahlrechts in den Einzelstaaten suchen die Sozialdemokraten an der Verfassung der Einzelstaaten zu rütteln. Sie haben ja auch ganz offen den Zweck, die Bundesstaaten abzuschaffen, und ein einheitliches Reich mit parlamentarischer Regierung zu bilden. Das kann ihnen nicht auf einmal gelingen, und deshalb versuchen sie andauernd an den Grundlagen der Verfassung zu rütteln. (Links: Hu! Hu!) Um so bedauerlicher ist es, daß der Staatssekretär durch seine Erklärung diesem Bestreben Vorschub leistet. Der Redner spricht sich dann für eine Erweiterung des Erbbaurechts aus; der Vorschlag, das Reich solle Bürgschaft für 2. Hypotheken übernehmen, erscheint ihm dagegen bedenklich.

Staatssekretär Delbrück: Die von mir in der Kommission abgegebenen Erklärungen haben zu Mißverständnissen und Mißdeutungen Anlaß gegeben, und außerhalb dieses Hauses sind Angriffe von solcher Schwere gegen mich gerichtet worden, wie ich sie nicht für möglich gehalten hätte, Angriffe, die die Grenzen einer sachlichen Kritik weit überschritten

haben. Ich muß deshalb etwas eingehender darauf zurückkommen. Bereits im vorigen Jahre habe ich bei der Beratung dieses Titels erklärt, die verlangte reichsgesetzliche Regelung des Wohnungswezens würde in Materien eingreifen, die den Bundesstaaten überlassen sind und ihnen verständigerweise überlassen bleiben müssen. Ich fügte hinzu, die Hoffnung, daß die Bundesstaaten auf diesem Gebiet vorgehen werden, habe sich bisher nicht erfüllt, und ich müsse zugeben, daß große Mißstände bestehen. Ich schloß mit den Worten: „Wenn die Bundesstaaten weiterhin versagen, werden wir wohl an die Regelung dieser Frage herangehen müssen.“ (Hört, hört! links.) Ich habe also damals meinen Standpunkt mit etwas anderen Worten genau so präzisiert, wie in diesem Jahre in der Budgetkommission. Kein Mensch innerhalb und außerhalb dieses Hauses hat an dieser Erklärung Anstoß genommen. Sie ist hingenommen worden, als das Anerkenntnis für ein dringendes Bedürfnis auf dem Gebiet des Wohnungswezens, und dafür, daß, was an mir liegt, geschehen soll, um diesem Bedürfnis abzuhelfen. Der Reichstag hat eine Kommission von 21 Mitgliedern eingesetzt, und diese hat einstimmig eine Resolution angenommen, in der eine reichsgesetzliche Regelung aller der Fragen verlangt wird, die nach der Erklärung des Grafen Westarp nicht in ein Reichsgesetz gehören, und die Resolution verlangt ferner, die Reichsleitung solle ihren Einfluß geltend machen, damit die Bundesstaaten eine Reihe von Fragen fördern, die ganz unbefristet nicht zur Kompetenz des Reiches gehören. Die Kommission, in der Mitglieder der Rechten fleißig mitgearbeitet haben, wollte also über den Staatssekretär des Innern hinweg ein Reichsgesetz, ohne das Resutat der Verhandlungen abzuwarten, die ich in Aussicht gestellt habe; und diese Resolution ist dann hier im Reichstag einstimmig angenommen worden. (Lebh. Hört, hört! links.) Der Bundesrat, der keinerlei Stellung für oder wider die Sache genommen hat, hat sie dem Reichsfinanzminister überwiesen. Ich habe, den mir vom Bundesrat gegebenen Weisungen entsprechend, bei den wichtigsten Bundesstaaten angefragt, und die Antwort bekommen, daß die Angelegenheit bereits zweckentsprechend geregelt sei. Inzwischen hatte Preußen bereits die Initiative ergriffen und die Verhandlungen aufgenommen. Preußen erklärte, es halte aus diesem Grunde ein Einschreiten des Reiches nicht für notwendig. Die Absicht, den Gesetzentwurf noch vor Pfingsten zu veröffentlichen, konnte nicht ausgeführt werden. Der Gesetzentwurf, das kann ich versprechen, wird aber im Herbst vorgelegt werden. Es ist selbstverständlich, daß die Sache jetzt nicht mehr auf die lange Bank geschoben werden kann. In der Budgetkommission habe ich dies auch erklärt, und meinen Standpunkt nochmals präzisiert. Dort wurde mir vorgeworfen, ich hätte die Sache auf Preußen abgeschrieben. Das ist jedoch nicht der Fall. Weiter wurde mein guter Wille zur Förderung der Angelegenheit bezweifelt. Darauf habe ich geantwortet, daß eine reichsgesetzliche Regelung in Angriff genommen würde, wenn Preußen nicht vorgehen sollte. In der Kommission wurde immer wieder die Frage angeschnitten, was geschehen würde, wenn ich mein Versprechen nicht erfüllen könnte. Darauf habe ich erklärt, die Sache ist sehr einfach; kann ich mein Versprechen nicht erfüllen, dann wird es eben ein anderer Staatssekretär einzusetzen suchen. Das ist der einzige Weg, den ein Staatssekretär in einem konstitutionellen Staate gehen kann. Man hat in dieser Frage auf einen Konflikt zwischen dem Minister v. Dallwitz und mir geschlossen. Der preussische Minister ist in dieser Frage allein überhaupt nicht zuständig, und eine derartige Ansicht ist vollkommen verfehlt. An anderer Stelle hat man mir vorgeworfen, ich hätte durch mein Verhalten in der Budgetkommission eine Verbeugung vor der Sozialdemokratie gemacht. (Zuruf: Schrecklich!) Auch das ist irrig. Wenn ich eine Verbeugung gemacht habe, so ist es gegen den Reichstag gewesen, nicht aber gegen eine einzelne Partei. Man hat diese Sache in Widerspruch zu den tatsächlichen Verhältnissen gestellt. Herr Dietel hat mir aus meinem Verhalten den Vorwurf der mangelnden Entschlossenheit, der

mangelnden Offensive, beinahe der Feigheit gemacht. Der Staatssekretär urteilt nach seiner eigenen Überzeugung, und nach dieser eigenen Überzeugung werde ich nach wie vor die Geschäfte führen, solange ich an dieser Stelle stehe, auch auf die Gefahr hin, daß man mir aus den Kreisen derer, denen ich politisch nahegestanden habe, den schwersten Vorwurf macht: Mangel an Mut. Die Sozialpolitik ist keine Frage, die die Sozialdemokraten nicht erfunden haben, und die die Sozialdemokraten nicht lösen können; das Problem ist hervorgegangen aus der gegenwärtigen wirtschaftlichen Gestaltung der Verhältnisse unseres deutschen Vaterlandes. (Sehr richtig!) Die Lösung dieses Problems gehört zu den wichtigsten Aufgaben unserer Zeit; sie ist eine sittliche Pflicht des Reiches und des Staates. (Bravo!) Die Lösung muß erfolgen ohne Rücksicht darauf, wie die Sozialdemokratie dazu steht. Wir können die Schäden in unserer wirtschaftlichen Entwicklung nur aus der Welt schaffen, indem wir ihnen ins Gesicht sehen und sie beseitigen, und nur damit entziehen wir der Sozialdemokratie den Boden. (Schulz [Rp.]: Abwarten!) Herr Abgeordneter Schulz, wenn die bürgerlichen Parteien ihre Pflicht getan hätten, würden die 110 Sozialdemokraten nicht hier sein. Im übrigen kann ich nur sagen: die Regelung des Wohnungswezens ist im Reich, verschiedene Bundesstaaten haben die Frage bereits geregelt. Ich werde die Pause des Sommers dazu benutzen, um eine Reihe von Kommissionen zusammenzubringen, in denen die Fragen besprochen werden. Die Lösung dieser Frage darf aber nicht dadurch geschehen, daß sich das Reich mit finanziellen Verpflichtungen überlastet.

v. Trampczinski (Pole) kritisiert den polnischen Wohnungsgesetzentwurf, der eitel Spiegelfechtere sei, und auch bleiben müsse, solange nicht mit grundlegenden Bestimmungen des Anliehengesetzes aufgeräumt werde. Der Redner schildert die Schikanen, die auf Grund dieses Gesetzes gegen die Polen verübt werden.

Dr. Urdt (Rp.): In der Erklärung des Staatssekretärs habe ich die Kennzeichnung der Sozialdemokratie als Umsturzpartei vermisst (Hu! Hu! links), die mit allen Mitteln bekämpft werden muß. Die Erklärung des Staatssekretärs in der Budgetkommission war ohne seine heutige Erklärung sehr mißverständlich, und deshalb hatten meine Freunde im Preussischen Abgeordnetenhaus recht, den preussischen Standpunkt zu mahnen. (Sehr richtig! rechts.) Graf Posadowski's Standpunkt, wenn das preussische Gesetz nicht genüge, müsse ein Reichsgesetz kommen, ist unhaltbar. (Widerspruch links.) Wie denken Sie sich denn das? Der Bundesrat ist doch kein proletarischer Konvent, der sich nach einer zufälligen Reichstagsmehrheit zu richten hat. In wichtigen Angelegenheiten kann doch Preußen im Bundesrat gar nicht überstimmt werden. (Abg. Ledebour [SD.]: Das haben wir ja immer gesagt!) In bezug auf die Wohnungsfrage ist das wichtigste, für die Entscheidung zu sorgen; deshalb sind wir für die Sicherung nichtamortisierbarer zweiter Hypotheken durch das Reich.

Mumm (WBg.): Der Kampf gegen die Sozialdemokratie muß in erster Linie geführt werden. In der Wohnungsfrage hätten wir eine Regelung durch das Reich lieber gesehen, als durch Preußen.

Werner-Herzfeld (M.) erklärt die Lösung der Wohnungsfrage, besonders in den großen Städten, für dringend notwendig.

Graf Westarp (K.): Die Auffassung, als ob die konservativen Parteien die Sozialpolitik nicht fördern wollen, weise ich ganz entschieden zurück, wohl aber muß der Sozialdemokratie ein starker Damm entgegengeführt werden, und dabei darf es die Regierung nicht an Mut, Mark und Entschiedenheit fehlen lassen. Wir haben bei den Wahlen im Kampf gegen die Sozialdemokratie unsere Pflicht getan; wohl aber hat es die Regierung manchmal an der nötigen Aufmerksamkeit fehlen lassen. (Lebh. Beifall rechts.)

Ledebour (SD.): Die Antisozialistendebatte der Herren rechts überrastet uns nicht. Die konservative Partei

Gaststürme.

Roman von W. W. Jacobs.

(4. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

„Was hast Du damit gemacht?“ fragte Fräulein Schümann.

„Ich wollte, Du würdest Sie doch nicht haben wollen,“ erwiderte ihr Bruder, wenig folgerichtig, „und es waren auch nicht viel.“

Seine Schwester sah ihn scharf an.

„Damit willst Du doch nicht sagen, daß Du sie selbst gegeben hast?“ kreischte sie.

„Warum nicht?“ gab ihr Bruder zurück, „ich kann Dir sagen, ich hatte Trost nötig.“

„Ich wundere mich, daß Du nicht zu — — stolz dazu warst, meinte Fräulein Schümann bitter.“

„Ich bin niemals zu stolz, einen Bonbon zu essen,“ konstatierte Max schlicht.

Er setzte davon, voll Groll über den Mangel an Mitgefühl, den seine Zuhörerschaft bewiesen hatte, und da er immer noch Trost brauchte, suchte er ihn bei den Himbeerblüthen.

Sein Vater bemerkte die ehrenvollen Narben seines Sohnes, verlangte aber keine Erklärung. Was irgend welches Vorgehen von seiner Seite anlangte, so war er sich ganz und gar der Impotenz eines würdigen und den Gesetzen gehorchenden Bürgers bewußt, wenn ihm von der geschlossenen Jugend nachgestellt wurde. Aber der junge Thiesen kam nicht mehr zur Kirche. Täglich war er am nächsten Sonntag am Strande vollkommen genügend damit beschäftigt, die Rolle des David zu spielen, nachdem er den witschnaubenden Herrn Wilkens veranlaßt hatte, diejenige des Goliath zu übernehmen.

Viertes Kapitel.

Für die nächsten ein oder zwei Monate wurde des jungen Thiesen Leben durch die Anstrengungen eines ältlichen Stewards aufgehellt, der aus der Absicht, der Sache ein Ende zu machen, kein Geheimnis machte. Zuerst setzte Herr Wilkens große Hoffnungen auf das Sprichwort, daß ein Vogel, der früh aufsteht, seinen Wurm fängt, aber dieses Vertrauen verlor er wieder; denn er fand, daß es keine Anwendung finden konnte in solchen Fällen, wo der Wurm sich zu seinem Schlafzimmersfenster hinauslehnte und an den Vogel geistreiche Bemerkungen richtete, die sich lediglich auf dessen persönliche Erscheinung bezogen.

Auf Fräuleins Schümanns ängstliche Fragen erwiderte Herr Wilkens, daß er seine Zeit abwartete. Jede Verzögerung, so deutete er an, mache die Sache für den jungen Thiesen schlimmer, wenn der Tag der Heimzahlung dämmern werde; aber obgleich sie ernstlich zu einer kleinen à conto-Zahlung

riet, war er nicht imstande, ihren Wünschen zu entsprechen. Ebe dieser Tag aber kam, hörte Kapitän Schümann von den Vorbereitungen, und nach einer peinlichen Unterredung mit dem Steward, in welcher keiner seiner Fehler der Beachtung entging, wurde dieser in das Innere des Hauses verbannt.

So wurde dem jungen Thiesen ein ausgezeichnete Grund genommen, sich von der Schule fernzuhalten; aber, wie man zu sagen pflegt, wenn eine Tür sich schließt, springt eine andere auf, und so legte sich zu seiner großen Genugtuung das alte Dienstmädchen, welches seit einiger Zeit von schwacher Gesundheit gewesen war, gerade jetzt zu Bett und erforderte seine ungeteilte Aufmerksamkeit.

Zuerst behandelte er sie mit Patent-Medizin, die er beim Drogerien kaufte, da ein Arzt ihnen beiden als eine Art unnötiger Extragang erschien. Aber trotz vier unfehlbarer Heilmittel wurde es mit ihr beständig schlimmer. Dann wurde der Arzt geholt, und zu der Zeit, als Kapitän Thiesen wieder heimgekommen war, hatte sie sich ziemlich erholt, war aber augenscheinlich zu weiterer Arbeit nicht mehr fähig. Sie fuhr in einer Droßke fort, um zu einer Nichte zu ziehen, und ließ den Kapitän einem Problem gegenüber, das er schon seit einiger Zeit hatte kommen sehen.

„Ich weiß nicht recht, was ich mit Dir machen soll,“ bemerkte er und sah seinen Sohn an.

„Ich fühle mich sehr wohl,“ war die Antwort.

„Dir ist zu wohl,“ meinte sein Vater. „Du wirst mir zu wild. Es ist vielleicht ebenso gut, daß die arme, alte Martha fortgegangen ist; das bringt die Sache zum Schluß.“

„Wir könnten ja jemand anders nehmen,“ regte der Sohn an.

Der Kapitän schüttelte den Kopf. „Ich will das Haus aufgeben und Dich zu Deiner Tante Laura schicken,“ sprach er langsam, „sie kennt Dich nicht, und wenn ich erst einmal auf See bin, und das Haus hier ist ausgegeben, wirst sie Dich nicht zurückschicken können.“

Der junge Thiesen, der wenig Neigung verspürte, Wellen zu verlassen, und der außerdem Erzählungen über die fragliche Dame gehört hatte, welche sich hauptsächlich auf ihre Strenge bezogen, machte zarte Einwendungen mit Bezug auf seines Vaters Bequemlichkeit, wenn er wieder an Land wäre.

„Ich werde mir ein paar Zimmer mieten,“ war die Antwort darauf, „und soviel Zeit als mir möglich ist, bei Dir verbringen. Du hast es nötig, daß man nach Dir sieht, mein Sohn; ich habe alles über Dich gehört.“

Sein Sohn leugnete sofort aus Prinzip, ohne nach der Art der Auskünfte, die sein Vater erhalten hatte, zu fragen; er spielte dunkel auf seine Erziehung an, und schüttelte den Kopf über die Folgen eines Wochens in solch einer kritischen Periode seiner Existenz.

„Und Du redest mir zu viel für Dein Alter,“ war seines Vaters Meinung, als er geendigt hatte. „Ein oder zwei Jahre bei Deiner Tante werden einen netten Jungen aus Dir machen; es ist Platz genug da für Besserung.“

Er nahm die Ausführung seines Planes sofort in die Hand, und eine Woche vor seiner Ausreise hatte er über das Haus verfügt. Einige der Möbel behielt er für sich, aber das meiste davon schickte er zur Beruhigung seines Gewissens zu seiner Schwester.

Der junge Thiesen sah sehr niedergeschlagen zu, wie sie weggeholt wurden. Große Männer in nagelebschlagenen Stiefeln rannten lärmend die läuferlose Treppe hinauf und kamen langsam wieder herab, wobei sie große Möbelstücke durch enge Durchgänge lancierten und manch überflüssige Bemerkung fallen ließen, wenn sie sich die Hände dabei klemmten. Der Kleiderschrank zum Beispiel, ein Möbelstück, welches für größere Raumverhältnisse gebaut worden war, war eine besonders harte Nuß zum Knacken — aber schließlich gelang es ihnen — in drei Teilen.

Einige seiner intimen Freunde kamen herbei, um ihn noch einmal zu sehen, und Fräulein Schümann, die nach Weiberart den Umzug als einen Triumph für ihre Familie auffaßte, ging verschiedene Male vorbei. Es konnte Zufall oder auch Absicht gewesen sein, aber der Knabe mußte wohl oder übel bemerken, daß sie sich, während das Piano, der Kleiderschrank und andere schöne Stücke in den Möbelwagen gepackt wurden, auf der andern Seite der Straße aufhielt, ein Pfad, von dem Karitäten, wie ein zerbrochener Waschtänder oder ein zweibeiniger Stuhl niemals verfehlten, sie näher heranzuladen.

Schlieflich war alles vorüber. Der zweite Möbelwagen war verschunden und nichts blieb übrig, als ein Haufen Stroh und Papier. Die Haustür stand offen und zeigte die trostlose Leere, Fräulein Schümann kam an die Pforte und starrte hochmütig ins Haus.

„Ich freue mich, daß Du fortgehst,“ meinte sie freimütig. Der junge Thiesen beachtete sie kaum. Einer seiner Freunde, der unter einem sentimentalen Neuhern einen ausgeprochenen starken Geschäftsgestirp verbarg, hatte angeregt, Andenken auszutauschen, und ihm ein Brillenglas gegeben, welches Heinrich dem Bogenschützer gehört haben sollte, und nun durchsuchte Ernst eifrig seine Taschen nach einer gleichwertigen Gegengabe. Dann kam Kapitän Thiesen, ging zuerst durch das leere Haus, kam wieder heraus und forderte seinen Sohn auf, ihn nach dem Bahnhof zu begleiten. Nach ein oder zwei Minuten waren sie außer Sicht; der Gefühlsvolle stand am Bordstein und beschah sich ein neu erworbenes Federmesser, und Fräulein Schümann ging, nachdem sie von ihm wegen ihrer Neugierde ernstlich getadelt worden war, langsam mit zurückgeworfenerm Kopfe nach Hause.

(Fortsetzung folgt.)

Hat ja bei den Landbewohnern noch immer einen gewissen Anhang die Reichspartei aber, oder wie sie sich auch nennt, die freikonservative Partei ist ja gar keine Partei, sondern nur eine Anzahl von Verlegenheitsmandaten. (Heiterkeit.) Die Hälfte der Herren sind in Westpreußen gewählt, nicht weil die Halatzen sich über die Verteilung der Mandate nicht einigen konnten, sondern sagten, wir wollen einen Freikonservativen nehmen. (Seiterkeit.) Vizepräsident Dr. Paasche bittet, die Generaldebatte nicht wieder zu eröffnen. Die Wgg. Mumm und Westarp haben gegen die Sozialdemokratie scharf gemacht, der Wgg. Arndt hat, ohne vom Präsidium unterbrochen zu werden, gesagt, seine Partei komme hoch mit dem Steigen des nationalen Gedankens. Wir haben ein Interesse daran, das als Phantasterei zu kennzeichnen. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.) Die Firma Westarp-Arndt-Mumm hat den Kampf gegen die Sozialdemokratie empfohlen, um den schwindenden Einfluss ihrer Gruppen und Grüppchen wieder zu stärken. (Sehr richtig! bei den Soz.) Daher ihr Appell an die Regierung und die liberalen Parteien. Der Groll und Grimm des Grafen Westarp erklärt sich daraus, daß er neulich mit seiner fulminanten Scharfmacherrede so vollkommen abfiel, auch beim Staatssekretär. (Hört, hört!) rechts. Es täte mir leid, wenn meine Worte dem Staatssekretär Schaden würden; übrigens hat der Staatssekretär kein größeres Wohlwollen für die Sozialdemokratie als die Firma Westarp-Arndt-Mumm. Er verlangt nur andere Mittel der Bekämpfung, weil er die vom Grafen Westarp empfohlenen Mittel für ganz unangemessen und unbrauchbar hält, und die Geschichte gibt ihm darin recht. Das könnten doch auch Sie aus der Geschichte des Ausnahmegesetzes gelernt haben. (Sehr wahr! links.) Sie klagen über unser Wachstum und beschuldigen diese oder jene bürgerliche Partei, bei den Stichwahlen um die wenigen Mandaten verhasst zu haben. Darauf beruht unser Wachstum gewiß nicht, sondern auf der wirtschaftlichen Entwicklung, Hand in Hand mit der Aufklärung der Massen über ihre soziale Lage und der Erweckung des Klassenbewußtseins. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.) Die besten Ausschärfer sind die Herren Graf Westarp u. Co.; mit ihren Scharfmacherreden rütteln sie das Volk auf und erleichtern uns den Kampf ganz ungemein. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Aeußerung des Staatssekretärs, wenn Preußen auf dem Gebiet des Wohnungswesens nicht vorgehe, werde das Reich es tun, haben die Herren als eine „Erziehung“ gegen Preußen aufgefaßt. Der Staatssekretär war ja darüber unterrichtet, daß die Vorarbeiten in Preußen schon ziemlich weit gediehen waren, seine Aeußerung war also offenbar nur eine Beleidigung für die, die immer auf ein Vorgehen des Reiches drängten. Wir sind allerdings der Meinung, daß das Reich diese Frage zu regeln hat. Dr. Arndt meinte, ein Bundesgesetz kann im Bundesrat niemals gegen den Willen Preußens gemacht werden, Preußen würde es sich nicht gefallen lassen, in einer wichtigen Frage überstimmt zu werden. Genau das gleiche habe ich erst vor vierzehn Tagen geschrieben. Wirklich liegen die Verhältnisse so, daß Preußen das Deutsche Reich regiert, es ist eine Fiktion, das Deutsche Reich einen Bundesrat zu nennen, das Reich ist nur Preußen, das für einige Fragen Dependenz in den anderen Staaten hat. Nur in ganz gleichgültigen Fragen kann es vorkommen, daß die anderen Staaten gegen Preußen ihre Stimme erheben. Ein solches Verhältnis ist gar kein bundesstaatliches Verhältnis. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.) Deshalb lege ich Verwahrung dagegen ein, daß im Preussischen Abgeordnetenhaus ein paar Abgeordnete der nämlichen Verlegenheitsgruppe es sich erlaubt haben, Preußen gegen Reichstagsbeschlüsse aufzupuzeln, sie haben verlangt, Preußen solle im Bundesrat ihre Ansichten zum Ausdruck bringen. Diese Unthermlichkeit, die nur durch ein künstliches Dreiklassenwahlrecht aufrecht erhalten wird, verlangt, die preussische Regierung solle nach ihrer Pfeife tanzen, und einer der Herren wagt es zu sagen, wir wollen nicht, daß der Bundesrat den Beschlüssen des Reichstages Rechnung trägt, wir wollen kein konstitutionelles Regime. (Unruhe und Unterbrechungen rechts. Zurufe: Wer?) Das ist von Herrn v. Zedlitz oder von Herrn v. Kardorff gesagt worden. (Zurufe rechts: Nein, wir wollen keine parlamentarische Regierung.) Der Ausdruck ist ganz gleichgültig, es wurde für unzulässig erklärt, daß die Reichsregierung sich durch Beschlüsse des Reichstages leiten läßt, und derselbe Herr verlangte, die preussische Regierung soll sich von Beschlüssen des Abgeordnetenhauses leiten lassen. Das ist ein Meßsen mit zweierlei Maß, ein Staatsrecht und eine Moral mit doppeltem Boden; das ist geradezu händelnd, daß die Wortführer dieser Verlegenheitspartei im preussischen Dreiklassenparlament sich dergleichen erlauben. (Lebh. Beifall b. d. Soz. Gr. Unruhe u. Unterbrechungen rechts.) Einer der Herren jagte, es wäre erwünscht, daß der Staatssekretär Delbrück der junge Mann des preussischen Ministers des Innern wäre. Weiter kann man, ich will parlamentarisch bleiben, die Ungeniertheit im Verhalten nach der Zerrüttung unseres Staatswesens nicht treiben. Sollte ein Staatssekretär des Reiches sich so weit herabwürdigen, und sich dazu hergeben, der junge Mann eines Herrn v. Dalwitz zu sein, so verdient er, mit Schimpf und Schande desamts gejagt zu werden. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.) Sie (nach rechts) werden ja Ihre Versuche, die Regierung und die bürgerlichen Parteien gegen uns scharf zu machen, fortsetzen, weil Sie Ihre einzige Hoffnung in, Einfluß zu erlangen. Über die Regierung und die Parteien, die ja der Einheit gekommen sind, das mit Ausnahmeregeln eine große Volksbewegung sich nicht unterdrücken läßt, reißt wir Blindheit gelähmt sein, wenn Sie jemals Ihre Zustimmung dazu geben würden. (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Hg. Gieseler (Ztr.). Die Herren rechts gehen wir in der Sozialpolitik geröhnlich zu weit, den Herren links nicht weit genug, wir verfolgen eben den richtigen Mittelweg und lassen uns nicht auf den Weg der Ausnahmegehende locken, die nur der Sozialdemokratie zu gute tämen.

Hg. Schulz (Npt.) bekennt, daß im preussischen Abgeordnetenhaus der Staatssekretär Delbrück der junge Mann des Ministers des Innern von Preußen genannt worden sei.

Hg. Gieseler (Npt.). Es läßt sich nicht ans der Welt schaffen, daß die Arbeiter in der Wohnungsfrage unzufrieden sind. Die Wohnungsfrage muß durch Reichsgesetz geregelt werden.

Somit schließt die Debatte.

Die Referenzen der Kommission auf die Lösung großer Fragen in nächster Sitzung zur Förderung des Kleinwohnens und auf Schaffung von Bergarbeiten für zweite Sprecher durch das Reich werden angenommen.

Der Rest des Tages wird beharrlich erledigt.

Am Freitag abend 11 Uhr auf Sonnabend 11 Uhr

Schluß der Sitzung.

Das Verhalten der beteiligten Genossen wurde von den verschiedensten Seiten energig gerügt, und es wurde dabei zum Ausdruck gebracht, daß man so etwas von der radikalen Ecke nicht erwartet habe. Einer der Beteiligten erklärte, es habe sich bei der Armenfeier um einen riesigen Hereinfall gehandelt. Er sei in seinem Leben noch nie in einer so unangenehmen Lage gewesen wie hierbei und er werde sich in Zukunft Vorsehen. Der zweite bemerkte, er hätte nicht daran gedacht, daß man ein Kaiserhoch mit der Feier der Armenverwaltung verbinden würde, und habe es dann für keine Heldentat gehalten, fortzugehen. Weiteres Mißfallen der Genossen erregte die Beteiligung der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion an der Präsentationswahl des Oberbürgermeisters für das Herrenhaus. Die Beteiligung an der Wahl sei eine Verbeugung vor dem Absolutismus. Gegenüber den Angriffen wegen Beteiligung an der Herrenhauswahl bestritt der Stadtverordnete Oberle, daß durch diese Teilnahme sozialdemokratische Grundsätze verletzt worden seien. Er gab aber die Tatsache zu, daß in der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion eine Einheitsfront nicht mehr bestehe. Zu einem Beschluß kam es nicht.

Ein neues Agitationsmittel. Die schwedische Parteileitung im Verein mit dem sozialdemokratischen Jugendverband haben beschlossen, zwei ambulante Biographtheater einzurichten und damit hauptsächlich Vorstellungen auf dem Lande zu geben. Das Beste, was zurzeit auf dem Gebiete des Films geboten wird, soll angeschafft werden, später will man besondere Bilder aus dem sozialen und politischen Leben geben. In den Bausen werden den Zuschauern Mitteilungen über das Ziel und den Zweck der Arbeiterbewegung gemacht.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Generalversammlung der Zimmerer entschied sich für Erhöhung der Beiträge. Gegen wenige Stimmen wurde beschlossen, daß der Beitrag nach dem Stundenlohn, aber nicht nach dem Tagesverdienst berechnet wird. Ferner erklärte sich die Versammlung für Beibehaltung des Zentralstreifonds, aber gegen die Einführung einer Kranken- und Sterbeunterstützung, gegen die Errichtung eines Invalidenfonds und gegen die Beitragsbefreiung der kranken und arbeitslosen Mitglieder. Hierfür wurde eine Kommission eingesetzt, welche eine Vorlage in der Beitrags- und Unterstützungsfrage ausarbeiten soll. Die Kommission hat folgende Fragen zu behandeln: Für wieviele Wochen im Jahre soll der Beitrag erhoben werden? Sollen weitere Beitragsklassen eingerichtet werden? Sollen die Beiträge von 5 zu 5 oder von 10 zu 10 Pfg. abgestuft werden? Soll die Arbeitslosen- und Streikunterstützung im Falle der Beitragserschöpfung gleichfalls erhöht werden? Nachdem sich der Verbandstag mit den Beschlüssen des 8. Gewerkschaftskongresses einverstanden erklärt hatte, wurde weiter beschlossen, daß die vollen Beiträge zur Angestelltenversicherung aus der Verbandstasse gezahlt werden. Gegen acht Stimmen entschied sich die Versammlung für eine neue Gehaltsregulierung der Angestellten. Hierfür wurde eine Kommission eingesetzt, welche eine neue Gehaltsliste aufstellen soll.

Die Differenzen bei der Firma Boisch in Stuttgart sind beigelegt. Am Mittwoch abend fand eine Betriebsversammlung statt. Ueber die grundlegenden Hauptpunkte ist eine Vereinbarung erzielt worden. Die Sperrre ist aufgehoben.

Eine Lohnbewegung der Strick- und Wirtshausbranche ist in den Chemnitzer Landbezirken im Gange. Es handelt sich darum, eine einheitliche Lohnzahlung zu erzielen. In dieser Beziehung herrschte bisher die größte Willkür. Den Fabrikanten ist schon im Herbst mitgeteilt worden, daß sie bei ihren neuen Kalkulationen erhöhte Löhne in Rechnung stellen sollen, um dem Vorwand zu neuer Abkehrung der Arbeiterforderung zu begegnen. Angesichts der allgemeinen Teuerung ist eine Lohnaufbesserung dringend nötig. Die Unternehmer versuchen jedoch, die Verhandlungen auf die lange Bank zu schieben. Der Textilarbeiterverband strebt zunächst eine Verständigung auf friedlichem Wege an.

Selbstkritik einer Zwangsinnung. Im Jahresbericht der Zwangsinnung für das Freireuergewerbe in Hamburg klagt der Vorstand über die Verschlechterung der Lebenslage durch die zunehmende Konkurrenz, und er klagt die Innungsmeister dafür selbst an:

„Auch hier tragen die Kollegen selbst einen Teil der Schuld mit, indem die Befam, ... der übermäßigen Lehrlingszuchterei nicht allenthalben energig genug durchgeführt wird. Auch dadurch, daß sehr viele Kollegen nur immer und immer wieder ganz junge, eben ausgebildete Gehilfen beschäftigen, werden die älteren dazu gedrängt, sich selbständig zu machen, und die Konkurrenz wird vergrößert. Jede Neueinstellung, welche nicht mit der Zunahme der Bevölkerung gleichen Schritt hält, bedeutet eine empfindliche Schädigung der Lebenslage der älteren Kollegen. Einrichtungslose Kollegen beschäftigen auch deshalb schon seit Jahren nur ältere Gehilfen, auch schon aus dem Grunde, weil dieselben besser und vor allen Dingen selbständiger arbeiten. Die paar Mark höheren Lohnes sollten keine Rolle spielen, wenn man bedenkt, daß die älteren Gehilfen die einzelnen Berufsweige besser beherrschen und dadurch für den Meister im Geschäft bedeutend wertvoller sind.“

Diese Auffassung vertritt die Gehilfenorganisation schon seit vielen Jahren. Dieser Standpunkt der Hamburger Innung unterscheidet sich vorteilhaft von dem, den sonst die Barber- und Friseurinnungen in der Lohnfrage allgemein vertreten. In dieser Erkenntnis der Hamburger Innung haben die Ergebnisse der Berufszählung sicher wesentlich beigetragen, die eine Zunahme der Zahl der Selbständigen des Gewerbes im Reich um 56,2 Prozent zeigten, bei einer Bevölkerungszunahme von 19,22 Prozent. Eine Folge der zunehmenden Lohnpolitik, die auf die Beschäftigung möglichst billiger Arbeitskräfte, Lehrlinge und erst ausgebildete Gehilfen hinausläuft, wobei die beschäftigten Gehilfen den Meistern mit über 21 bis 23 Jahren bereits „zu alt“, zu teuer werden. Die schon so früh zu alt gewordenen Gehilfen sind gezwungen, sich selbständig zu machen, sobald die Konkurrenz ins Ungemessene vermehrt wird, während schon die bestehenden Betriebe nicht recht existieren können. Die Zahl der Kleinmeister betrug bereits im Jahre 1907 38 vom Hundert. Das unter diesen Umständen die Klagen über Konkurrenzdruck nicht verstummen, ist leicht begreiflich. Den Barber- und Friseurinnungen, insbesondere den Zwangsinnungen, die durch terroristische Maßnahmen eine tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen verhindern, können die vorstehenden Ausführungen der Hamburger Zwangsinnung zum Nachdenken dringend empfohlen werden.

Die zentralen Tarifverhandlungen im Schneidergewerbe finden am 10. Februar und den folgenden Tagen in Dresden im Kaiserhof statt. Es sind Differenzen für 43 Orte zu schlichten. Derartige Verhandlungen sind in diesen 43 Orten der unzähligen zentralen Verhandlung bereits bis zum Jahresantritt des unparteilichen Kollegiums vorgegangen. Gerade bei diesen örtlichen Verhandlungen keine Einigung erzielt, so fällt jetzt das Kollegium der Unparteilichen einen Schiedsgericht. Innerhalb 14 Tagen haben dann die Parteien, der Unternehmerverein und der Verband der Schneider, an die Unparteilichen Nachrichten zu geben, ob

die den gefällten Schiedsgericht annehmen oder ablehnen. Die zentralen Verhandlungen müssen sich also mit jedem der 43 Orte einzeln beschäftigen und die Vertragsbedingungen prüfen. Als Unparteiliche fungieren: Magistratsrat v. Schütz, Berlin, Dr. Premer-München, Magistratsyndikus Dr. Siller-Frankfurt a. M.

Kann die Polizei das Streikpostenfachen verbieten? Der Bezirksauschuss von Arnberg hatte die Frage zu entscheiden, ob eine Polizeibehörde berechtigt sei, durch eine Verfügung einem Staatsbürger generell das Streikpostenfachen zu verbieten und ihn im Falle der Zuwiderhandlung zu bestrafen. Obwohl diese Frage längst von den verschiedensten höchsteninstanzlichen Gerichten verneint ist — die preussische Polizei und Justiz hilft bekanntlich damit, daß sie es in das subjektive Empfinden des einzelnen Polizeibeamten stellt, ob der Verkehr durch einen Streikpostenfachen gebindert wird oder gebindert werden könnte — wies der Bezirksauschuss den Kläger ab. Es wurde dem Kläger bei der Urteilsverkündung gesagt, er möge sich an das Oberwaltungsgericht wenden.

Ein evangelisches Vereinshaus als Herberge für Streikbrecher. Die Formier- und Glaserarbeiter der Maschinenfabrik Reien in Herne (Westfalen) hatten am 15. Januar die Kündigung eingereicht, weil in Güte die Abstellung von Mühlkänden im Betriebe nicht zu erreichen war. Am 1. Februar war die Kündigungsfrist abgelaufen und am Montag waren bereits 8 Streikbrecher in Aktion. Diese sollten anfänglich in Privatlois untergebracht werden. Sie sind jedoch schließlich in das evangelische Vereinshaus eingelagert worden. Die evangelischen Arbeiter dürfen auf diese Einquartierung stolz sein.

Vom Formstecher-Beruf. In bürgerlichen Zeitungen erschienen in den letzten Wochen ein Eingeländt, das sich mit der gewiß für jeden, der die Schule verläßt und ins öffentliche Leben hinaustritt, sehr wichtigen Frage befaßt: „Was willst du werden?“ In diesem Eingeländt wird für ein besonderes Handwerk, und zwar in zum Teil unrichtiger Weise Propaganda gemacht. Es heißt darin: „Unter anderen Berufen wollen wir unser Augenmerk auf die Erlernung der Formstecherei lenken; wievielen Menschen ist dieser Beruf vollkommen unbekannt, und doch ist die Herstellung dieser, zum Bedruden von Tapeten, Linoleum, Seide, Wachsstuch, Holz usw. benutzten Druckwalzen und Formen ein Beruf, der diejenigen, die ihn einmal erwarbt haben, fest an sich fesselt. Wohl ist auch hierbei nicht jedem vergönnt, selbständig zu werden, aber die Beständigkeit der Arbeit, der Verdienst, der bei täglich neunstündiger Arbeitszeit für t u h t i g e Gehilfen 6 Mk. und darüber beträgt, läßt jedem ordentlichen Gehilfen die Ruhe in seinem Berufe erzielen, welche die Möglichkeit zur Begründung eines eigenen Haushalts erfordert. Wenn man ferner bedenkt, daß auch für Leute mit kleinen Körperfehlern durch die dauernde Beschäftigung in trockenen Räumen dieser Beruf besonderes Interesse bietet, dann wäre die Formstecherei wohl geeignet, neben vielen anderen Ständen als Lebensberuf erwählt zu werden.“ Die tatsächlichen Arbeitsverhältnisse im Formstecherberuf sind denn doch etwas anders. Der Formstecher stellt die Druckwalzen und Formen für Tapeten, Linoleum, Wachsstuch, Seide und Kattun her. Es werden in Deutschland nach der im letzten Jahre aufgenommenen Statistik ca. 670-700 Formstecher beschäftigt. Diese kleine Zahl von Gehilfen verteilt sich auf 33 Orte in ganz Deutschland. In der Branche selbst ist der Kleinbetrieb vorherrschend, nur ganz vereinzelt werden bis 20 und mehr Gehilfen beschäftigt. Die Lehrlingszuchterei ist in sehr vielen Betrieben stark in Übung. Die gezahlten Stundenlöhne schwanken zwischen 25 bis 62 Pfg., ganz vereinzelt werden bis 68 und 70 Pfg. gezahlt. Die Feiertage werden nicht bezahlt. Die Formstecherei ist ein ausgeprägtes Saisongeschäft, die gute Konjunktur fällt in die Monate Oktober bis Mai-Juni. Sehr häufig sind daher die Formstecher im Sommer wochenlang arbeitslos. Die Arbeitslosigkeit trat in den letzten zwei Jahren nicht so stark hervor, weil die Geschäftskonjunktur eine besonders gute war. Wer die Formstecherei erlernen will, muß Talent zum Zeichnen und ein sehr gutes Auge haben. In der Branche besteht noch die Unsitte, daß trotz der schlechten Löhne sich ein jeder sein eigenes Werkzeug halten muß, was eine Ausgabe von mindestens 50 bis 60 Mark verursacht und jährlich 10 Mark für Erneuerung erfordert. Da an vielen Orten nur ein Formstecherbetrieb besteht, ist der Arbeiter gezwungen, öfter den Arbeitsort zu wechseln, was besonders für die Verheirateten sehr unangenehm und kostspielig ist. Aus diesem Grunde ist es erklärlich, daß, wenn der Formstecher einmal ein eigenes Heim gründen will, er vielfach zu einem andern Beruf übergeht. Wir wollen aber zum Schluß konstatieren, daß es uns gänzlich fern liegt, etwa unsern Beruf mit einer Art chinesischer Mauer umgeben zu wollen. Unsere Aufgabe soll es nur sein, die schönen Hoffnungen, die das Eingeländt in den bürgerlichen Zeitungen in den jungen Leuten hervorrufen muß, auf das richtige Maß zurückzuführen und festzustellen, daß auch in der Formstecherbranche der Kampf ums Dasein ein sehr harter ist. Der Verband der Lithographen und Steinbrücker. Die Zentralkommission der Formstecher. C. Schubart.

Kommunales.

Schulpolitik des Zentrums. Nach dem Vorbilde der preussischen Junter im Osten behandeln auch im industriellen Westen die vom Zentrum beherrschten Kommunalgemeinden die Volksschulinteressen. Aus Steele an der Ruhr berichten sehr bogar bürgerliche Zeitungen über die Bauaffäre einer evangelischen Volksschule, die bereits bis zum teilweise Defizit in einem Schulzimmer führte. Dieses Schulgebäude liegt unter dem Straßenniveau, ist nicht unterkellert und hat unzureichende Entlüftung, sodaß ein Modergeruch das ganze Gebäude erfüllt. Die vielen Hals- und Ohrenkrankheiten der Kinder werden mit dem Zustand der Schule in Verbindung gebracht. Der Schulhof ist bei feuchtem Wetter für den Aufenthalt der Kinder ebenfalls ungeeignet. In diesem Sinne berichtet sogar die „Westfälische Volksztg.“ ein Zentrumsbillett. Dieser Fall liegt aber nicht vereinzelt. Bei den Eingemeindungen der früheren Bürgermeistereien Altendorf, Rütterscheid und Kellinghausen nach Essen hat die Stadt Essen ganz gewaltige Opfer bringen müssen, um die unter der Zentrumsherrschaft vernachlässigten Schulverhältnisse erträglich zu gestalten. Die Essener Kommunalverwaltung hat das wiederholt öffentlich festgestellt.

Aus dem Gerichtssaal.

Ihr laßt die Armen schuldig werden. Ein Bild tiefen Elends entrollte eine Gerichtsverhandlung vor der Hirschberger Strafkammer. Die Kutschersfrau Klara W. aus Kaufung war infolge ihres geringen Lohnes — sie hatte die Woche nur 2,20 Mk. verdienen können, weil ihr kleines Kind, das sehr der Pflege bedurfte, sie stundenweise von der Arbeit abgehalten hatte — in schwere Bedrängnis geraten. Die Frau erhielt überhaupt nur 60 Pfg. Tagelohn und bei diesem Verdienst war natürlich Schmalhans Küchenmeister. Die Frau war gezwungen, Schulden zu machen, und als der Fleischer nicht mehr borgen wollte, verfiel die Frau auf eine unglückliche Idee. Sie schrieb einen Zettel, fälschte die Unterschrift und ersiekt auf diesen gefälschten Zettelzettel hin ein

Aus der Partei.

Streikbrecher beim Kaiserhof. In Ausnahmeregeln hat das Verhalten der Streikbrecher im Kaiserhof in der Sozialdemokratischen Partei. Einige der Streikbrecher haben an der Partei die stärksten Angriffe der bürgerlichen Presseverwaltung erfahren. Einige sind 2 des Jahresprogramms aus dem die Verhandlungen durch Kaiserhof mit nachfolgenden Gang. Soll die in Siegestreue.

Pfund Schweinefleisch und ein halbes Pfund Fett. Die Sache kam aber aus Tageslicht und zur Anzeige. Die Frau hat später unter Not und Entbehrung die Schuld beglichen. Dessenungeachtet hatte sich die Frau vor der Strafkammer wegen Fälschung einer Privaturskunde zu verantworten. Niemand wird die arme Frau vom menschlichen Standpunkt aus ihrer Handlung wegen verdammen. Das Gesetz will es anders. Nur deshalb, weil die Angeklagte ein reumütiges Geständnis abgelegt und sich bei Begehung der Tat in großer Notlage befunden hat, wurde sie zu der „niedrigen“ Strafe von 10 Tagen Gefängnis verurteilt. Zehn Tage Gefängnis! Das Gesetz will es so. Ist das nicht eine grausame Strafe für eine arme Frau, die Tag für Tag arbeitet, aber nicht viel verdient, um sich und ihr Kind ernähren zu können. Wenn die Strafe an sich nicht hart wäre, so könnte man fast sagen, wenigstens wird sich die Frau einmal zehn Tage lang fressen können. Und solche Zustände nennt man gottgewollte Weltordnung.

Aus Nah und Fern.

Ertrunkene Flieger. Kapitänleutnant Jenecky und Obermaschinenmaat Diekmann, die in Ruzig auf dem Flugzeug „Westpreußen“ zu einem Ueberlandflug nach Stolp aufgestiegen waren, mußten wegen widriger Winde bei Neustadt umkehren und in Danzig landen. Um 4 Uhr stiegen sie zur Rückfahrt nach Ruzig auf. Ueber dem Meer bei Zoppot brach plötzlich ein Flügel des Flugzeugs, das in die Höhe stürzte. Beide Flieger fanden den Tod in den Wellen. Das Flugzeug ist noch nicht geborgen; auch die Leichen noch nicht.

Familiendrama. In Neumarkenburg in der Neumark hat der Arbeiter Stolz, der in Altarpe wohnte, seine in Neumarkenburg von ihm getrennt wohnende Frau nach einem angeblichen Versöhnungsversuch durch mehrere Stiche in Brust und Herz getötet. Gestern früh warf sich Stolz unter einen Personenzug und wurde vollständig verstümmelt.

Eine Studenten-Revolte in Marburg hatte nach einer Meldung der „Köln. Ztg.“ folgende Ursache: Aus Anlaß früherer Vorkommnisse hatte die Polizeiverwaltung die Befreiung erlassen, daß die Gastwirtschaften zu Fastnacht um 1 Uhr geschlossen werden sollten. Die Durchführung dieser Bestimmung führte nun Dienstag nacht zu Zusammenstößen zwischen der Polizei und Studenten, die in beträchtlicher Anzahl, an 200, vor dem Rathaus erschienen und hier zu Krämen begannen. Ein Tumult entstand, wobei die Polizisten tödlich angegriffen wurden; auch sollen Schüsse aus der Menge gefallen sein. Die Polizei war machtlos und mußte sich ins Wachtlokal zurückziehen, dessen Fensterscheiben darauf zerstört wurden. Mittwoch morgen gelang es, ungefähr 30 der Ruhestörer festzustellen. Die Angelegenheit wird für die Beteiligten ein unangenehmes gerichtliches Nachspiel haben. — Das heißt, die bessergekleideten Ruhestörer werden im schlimmsten Fall eine kleine Geldstrafe zu zahlen haben, die sie um des gehaltenen „Spaßes“ willen gern entrichten werden. Es sind ja keine Arbeiter!

Die Typhusepidemie im Eisenbahregiment Nr. 3 in Hanau hat noch ein weiteres Opfer gefordert. In der Nacht zum 6. Februar ist der Pionier Seel von der ersten Kompanie aus Frankfurt am Main gestorben. Der Stand der Krankheit ist jetzt folgender: In Lazarett befinden sich noch 64 Kranke, darunter 6 mit hohem Fieber. Im Hilfslazarett sind 81 Genesende, im Genesungsheim 18, auf Urlaub 67 Leute. Die über das erste Bataillon verhängte Sperre ist nach Beendigung der bakteriologischen Untersuchung aufgehoben. Der Krankheitsstand ist insgesamt 18 Mann, 15 aktive Mannschaften und drei Reservisten zum Opfer gefallen.

Zur Straßburger Köpenick-Affäre. Der Genesende des Straßburger ehemaligen Unteroffiziers Wolter ist nicht der erste, den er losgelassen hat. Bereits voriges Jahr gelang es ihm, die Militärbehörde von Metz durch ein ähnliches Telegramm zu täuschen. Es stand im Telegramm im Text „Auf aller“; diesen Text änderte er um in: „Auf Allerhöchsten Befehl ist der Bisfeldwebel Wolter sofort nach Berlin zu bringen“. Sein Streich, nach Berlin zu kommen, ist ihm denn auch gelungen. Am andern Tage befand er sich bereits auf der Bahn nach Berlin. In Berlin wurde er aber von der Militärbehörde auch nicht für gesund erklärt. So kam er denn wieder nach Straßburg und zeigte der gesamten Garnison, wie geisteszurechnungsfähig er ist. Weiter wird gemeldet, daß vor kurzem bereits einmal versucht worden ist, die Straßburger Garnison durch eine gefälschte Depesche zu alarmieren. Auf der Hauptwache sei aber der Unfug, der beabsichtigt war, sofort bemerkt worden. Wolter soll übrigens die Absicht gehabt haben, nach Wilhelmshaven zu fahren, um dort die deutsche Flotte zu alarmieren. Diese Absicht vermochte er nur deswegen nicht auszuführen, weil er das notwendige Reisegeld nicht aufzutreiben konnte.

Eine geborstene Ordnungssäule. Gegen den flüchtigen Justizrat Leyendecker in Köln, dessen Verhaftung ertüchlich gemeldet wurde, ist ein Steckbrief erlassen worden. Die von Leyendecker veruntreute Summe soll sich auf mehrere Millionen Mark belaufen. Man spricht sogar von sechs Millionen.

Automobilunglück. Aus Warschau wird berichtet: Bei der Bahnstation Starewogi stürzte ein mit 30 Personen besetzter Automobilomnibus infolge Brechens einer Holzbrücke in einen Fluß. 14 Personen sind dabei schwer verletzt worden, vier erlitten Gehirnerschütterungen.

Folgeschwere Explosion. In dem Prochwerk der Pulverfabrik zu Troisdorf bei Bonn fand eine Explosion statt, bei der ein Schürmeister getötet wurde. Zwei Arbeiter erlitten schwere und ein Arbeiter leichte Brandwunden. Die Ursache der Explosion konnte noch nicht festgestellt werden.

Von der Hilfsexpedition für die vermissten Polarforscher. Dem Frankfurter Hilfskomitee für Forscher im Polargebiet ging ein Telegramm aus der Nordwestbay zu:

„Da die Kraftstation seit acht Tagen niedergebrannt ist, ist für die nächsten acht Tage die Sendung von Telegrammen ausgeschlossen. Die Bestellung dieses Telegramms war nur durch eine zufällige Expedition nach Green Harbour möglich. Kapitän Mitscher.“

Aus dem Fenster sprang in Wilmersdorf bei Berlin ein 10jähriger Knabe auf den Hof; er erlitt schwere Verletzungen. Der Junge beging die Tat, als ihm seine Mutter mit Recht Vorhaltungen über seinen schlechten Lebenswandel machte.

150 Mann verschüttet. Nach einem in Paris eingetroffenen Telegramm wurden in der Nähe der japanischen Ortschaft Futuoko 150 Mann infolge einer Minenexplosion verschüttet. Man hat keine Hoffnung, den Unglücklichen Hilfe bringen zu können.

Harter Winter in Persien. Frost und Schneefälle haben die Postverbindungen mit Teheran gänzlich unterbrochen. Seit vielen Jahren hat sich eine derartige Wetterkatastrophe nicht zugetragen. Die Dampferverbindung zwischen Baku und Enseli wurde wegen Schneesturmes unterbrochen. Die Häfen am Kaspischen Meer, viele Binnenflüsse und Flüsse sind zugefroren; die Strecke Reicht-Kaswin ist völlig verschneit. Auf den Teichen bei Teheran ist die Eisdecke zum Schlittschuhsport stark genug.

Unwürdig, tauglich — Landsturm. Im vergangenen Jahre brachten unsere Genossen Schulz und Dr. Frank im Reichstage eine Angelegenheit zur Sprache, die den Terrorismus und die Engbergigkeit der preussischen Schul- und Militärbehörden drastisch beleuchtete. Es handelte sich um den Sohn unseres Genossen Düwelle. Der junge Mann hatte als Kaufmannslehrling einen Bildungsverein für Jugendblinde gegründet. Unter dem bekannten scharfen Wind, der Ende 1909 gegen die proletarische Jugendbewegung einsetzte, wurde auch dieser Verein für politisch erklärt. Gegen Düwelle wurde ein Verfahren wegen Übertretung des Vereinsgesetzes eingeleitet. Das Urteil lautete auf 6 Mark Geldstrafe. In der Begründung des Urteils wird auch die politische Stellung des Vaters des Angeklagten betont. Der Vater sei ein bekannter Sozialdemokrat, daraus sei zu schließen, daß der vom Sohn gegründete Verein ebenfalls politische Zwecke verfolgte. Mit der Verurteilung war die Sache aber noch nicht erledigt. Der junge Düwelle hatte sich privatim auf das Abiturientenexamen vorbereitet. Sein Gesuch um Zulassung zur Prüfung wies die Schulbehörde zurück, zunächst, weil ein Strafverfahren gegen ihn schwebte und später endgültig, weil er wegen Übertretung des Vereinsgesetzes bestraft worden sei. Hieraus ergebe sich ein Mangel an sittlicher Reife, der ihn der Zulassung zum Abiturientenexamen unwürdig mache. Beschwerden gegen den Entscheid waren erfolglos. Die Schulbehörde hatte aber nicht verhindern können, daß Düwelle an der Handelshochschule immatrikuliert wurde. Um nun hier sein Studium beenden zu können, beantragte er auf Grund eines wissenschaftlichen Befähigungsnachweises bei der Militärbehörde die Ausfertigung eines Berechtigungsscheines zum einjährige-freiwilligen Dienst und Zurückstellung vom Militärdienst auf drei Jahre. Unter Berufung auf die Entscheidung des Provinzial-Schulkollegiums verweigerte die Militärverwaltung die Ausstellung des Scheines. Die vorgelegten Instanzen und auch der Kriegsminister bestätigten die Maßnahme der Militärbehörde. Düwelle mußte sich zur Stammrolle melden und wurde sofort als tauglich zur Infanterie ausgehoben. Sein erneutes Gesuch um Zurückstellung zwecks Beendigung seines Studiums wurde dann auch von der königlichen Ersatzkommission des zuständigen Bezirks rückwärtig prompt zurückgewiesen. Kurz vor der Generalmusterung kam die Angelegenheit im Reichstag zur Sprache. Der Kriegsminister zog es damals vor, die ganze Verantwortung für das Vorgehen gegen Düwelle dem Provinzial-Schulkollegium zuzuschreiben. Als das geschah, hatte er selbst schon eine Beschwerde Düwells zurückgewiesen. Bei der kurz darauf abgehaltenen Generalmusterung wurde Düwelle ohne körperliche Untersuchung auf 1 Jahr zurückgestellt. Das war im Sommer 1912. Anscheinend war die Militärverwaltung aber schon zur Ansicht gekommen, Düwelle sei überhaupt militäruntauglich. Am 4. Januar 1913 wurde der Vater des Delinquenten, Genosse Düwelle, von der königlichen Landwehrinspektion Berlin I ganz plötzlich telefonisch gebeten, seinen Sohn doch sofort zu einer außerterminklichen Musterung in das Landwehrbezirksgebäude zu senden. Der Bitte wurde entsprochen. Nach kurzer Untersuchung fand der Arzt, Düwelle sei dienstuntauglich; er wurde dem Landsturm ohne Waffe überwiesen. Nun hat der Berechtigungsschein für Düwelle natürlich keinen praktischen Wert mehr. Daß der unterjüngende Arzt bei der außerterminklichen Musterung für Düwells körperliche Mängel, die man bei der ersten Musterung durchaus nicht finden konnte, ein verständnisvolleres Auge hatte, ist sehr erfreulich, aber für die Schul- und Militärbehörde ist die ganze Affäre wohl kaum erfreulich, Ansehen haben sie nicht dabei erworben.

Der Stein des Anstoßes. Eine recht erbauliche Geschichte, die anschaulich die tiefe, innerliche Religiosität der Beteiligten erkennen läßt, weiß die „Lib. Kor.“ zu erzählen. Seit Jahren wird in der Charlottenburger Luisenkirche am Geburtstage des Kaisers ein Festgottesdienst für die Beamten abgehalten. In diesem Jahre ist durch die Mitwirkung des aus seinem Konflikt mit der Militärbehörde bekannten Pfarrers Kraak die ganze religiöse Feier über den Hausen geworfen worden. Die Patrioten, die mit dem Pfarrer sonst gemeinsam zu ihrem Herrn im Himmel fliehen, dem Herrlicher Erleuchtung und Weisheit zu schenken, haben diesmal gestreift. Nicht etwa, weil sie in der Zwischenzeit zu den Reichsfeinden übermarschiert sind — o nein! — eines solchen Verbrechens machen sich die braven Schulleute und Steuerbeamten nicht schuldig. Die Kapelle der Säugmannschaft war vielmehr bereit, die zu singenden Choräle mit Polkaemusik zu begleiten. Als die weißeholle Stunde nahte, der Pfarrer, angestammt mit Talar und Büsschen, in der Sakristei auf die Doppeltür wartete, hartete er vergebens. Ein Blick in die Kirche zeigte ihm, daß er bonfokktert war. Wo sonst an dem Festtage die lokale religiös gestimmte Beamtenchaft sich drängte, um an dem kirchlichen Festakte teilzunehmen, gähnte dem Pfarrer düstere Leere entgegen. Der Grund?

Wer mag den kennen? Die „Lib. Kor.“ erzählt, ein adliger Polizeihauptmann habe mit dem positiven Oberpfarrer der Gemeinde, D. Niemann, vor dem Festgottesdienste über den Fall Rücksprache genommen und den Beamten sei von oben her ein kleiner Wink gegeben worden, die Predigt des liberalen Pfarrers Kraak zu meiden. Aber das kann doch nicht sein, denn das hieße ja zugeben, daß die vielgerühmte Religiosität der Beamten nur auf einer Schein sei, daß die Königstreue sofort in die Brüche geht, wenn das amtlich vorgeschriebene Kirchengesetz aus dem Munde eines liberalen statt eines orthodoxen Pfarrers ertönt.

Die deutsche Spitzbergen-Expedition. Aftenposten erhielt aus Spitzbergen folgendes Radio-Telegramm: Kapitän Mitscher hält nicht für unwahrscheinlich, daß Dr. Detmar, Dr. Mosler, die freiwillig den Weg längs der Ostküste der Weddebuchthälten, nach dem Schiff in der Treurenbuchthälten zurückgekehrt sind, auf dem drei Norweger zurückgeblieben waren. Mitscher teilt weiter mit, daß er und seine Begleiter längs der Westküste entlang gegangen seien, wo sie mehrere Hütten gefunden hätten, die Proniant für zwei Monate enthielten. Sie hätten sich wegen der Dunkelheit und des Sturmes in den Hütten aufgehalten. Zwei Norweger seien freiwillig in der Weddebuchthälten bei Dr. Müdiger zurückgeblieben, der wegen seiner erfrorenen Gliedmaßen den Marsch nicht fortsetzen konnte. Bei keinem Mitglied der Expedition seien Anzeichen von Storbüt vorhanden. Mitscher erfroren Finger der rechten Hand, die Füße und beide Fersen. Mehrere Fersen müssen in den nächsten Tagen amputiert werden. Sein Befinden ist gut. Die Hilfsexpedition wird am 20. Februar zurück erwartet.

Milde Nachsicht gegen bessergekleidete Rowdies. Eine Bekanntmachung des Straßenreinigungsdirektors am schwarzen Brett der Universität Straßburg durchlässt zurzeit den Straßburger bürgerlichen Blätterwald. Der Gaumen der Schwachs findet in der Bekanntmachung einen humoristischen Beigeschmack, lediglich deshalb unterbreiten einige Blätter ihren Lesern den Inhalt, der lautet:

„Stadt Straßburg, Abfuhr- und Straßenreinigungsbetrieb. Bitte! Die Direktion des städtischen Straßenreinigungsbetriebes erlaubt sich, folgende Bitte an die Studentenschaft der Kaiser-Wilhelms-Universität zu richten: In letzter Zeit mehren sich die Fälle, in denen Mülleimer spurlos verschwinden. Und lobsame Bürger haben sich schon mehrmals an mich gewandt, voll von Verzweiflung über nächtlichen Höllenlärm, verübt mit Mülleimern. Es sind nun zwingende Indizien vorhanden, daß Angehörige der Universität manchmal an diesem nächtlichen Treiben nicht unbeteiligt sind! Darum wird hierdurch ersucht, in Zukunft sowohl den Mülleimern transport (1) als auch das Umgekehrte (2) etwas einzuschranken, womöglich ganz unterlassen zu wollen. Die Studentenschaft würde durch Bewahrung dieser Bitte Bürgerlichkeit und Stadtwaltung zu großem Danke verpflichten! Straßburg, den 29. Januar 1913. Abfuhr- und Straßenreinigungsbetrieb. Der Direktor: F. Claus.“

Wenn der Eindruck dieses devoten Gesuchs einer ererbenden Straßenreinigungsbetriebsdirektion im ersten Augenblick auch erstere Leute zu einem mitleidigen Lächeln reizt, so stellt sich doch gleichzeitig die ernste Frage vor, ob mit diesem Kotau nicht vielleicht das gerade Gegenteil erreicht wird, wenn man besonders an die kürzlich von unserm Straßburger Parteiorgan veröffentlichten Vorfälle in der Ruprechtauer Allee denkt, bei denen die Straßensbahngeleise von „besseren“ Herren mit Mülleimern verbarrikadiert wurden, so daß für Leben und Gesundheit der Bürger ernste Gefahr bestand. Wir meinen, ein Appell des Herrn Claus an die polizeiliche Wachtsamkeit wäre hier angebrachter. Im übrigen drängt sich einem beim Lesen der untertänigsten Bitte an die Studentenschaft unwillkürlich die Frage auf, ob Direktor Claus sich im Verkehr mit den Arbeitern seines Betriebes ebensolcher Formen bedient?

Ein französisches Motorboot gesunken. Das französische Motorboot „Lewynski“ ist im Kanal gesunken. Der Kapitän wurde gerettet. Die aus vier Mann bestehende Besatzung ist ertrunken.

Opfer des Tropentollers. Wie aus Lourenco Marques (Spanien) gemeldet wird, ist der Wasserbauingenieur Tissot plötzlich vom Tropentoller befallen worden. In diesem Zustande hat er seine aus Deutschland gebürtige Frau sowie seine Tochter erschossen und sich dann selbst das Leben genommen.

Spielplan des Neuen Stadttheaters, Lübeck.

Vom 9. bis 16. Februar 1913:

Sonntag, 9. Februar: „Carmen“, Oper von Bizet.
Montag, 10. Februar: „Der Ring des Nibelungen“, ein Bühnen-Festspiel von Rich. Wagner, dritter Tag: „Siegfried“. Dienstag, 11. Februar: „König für einen Tag“, rom. kom. Oper von H. Adam, in der Bearbeitung von W. Wolff. Mittwoch, 12. Februar: „Sprache der Vögel“, Komödie v. A. Paul. Donnerstag, 13. Februar: Gastspiel von Karl Giese vom Stadttheater in Köln. „Der Ring des Nibelungen“, ein Bühnen-Festspiel von Rich. Wagner, vierter Tag: „Die Götterdämmerung“. Freitag, 14. Februar: „Junge“, das Drama einer Liebe von Johs. Falow. Sonnabend, 15. Februar: „Der liebe Augustin“, Operette von Leo Fall. Sonntag, 16. Februar, nachm. 3 Uhr: 7. Volks-Vorstellung, jeder Platz 75 Pfg. „Der Waffenschmied“, komische Oper von Lorking. Abends 7½ Uhr: „Bummelstudenten“, Posse von Pohl und Wilken.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: L. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

3 neue MAGGI'S Suppen

Prinzeß - Suppe
Windsor-Suppe
Familien-Suppe

1 Würfel für 2-3 Teller 10 Pfg.

Kleines Notgegend. Delikatessen-Geschäft umständehalber sofort zu verkaufen. Angebote unter **K D 63** an die Expedition dieses Bl. (984)

Milchgeschäft mit fest. Kundschaft mit oder ohne Fuhrwerk, zu jedem annehmbar. Preis umständehalber zu verkaufen. (992) Geveckestr. 14. v.

Brauner Kasten-Kinderwagen gut erhalten, mit Gummi, billig zu verkaufen. (960) Aufsehlstr. 7. I.

Stiefel, Schuhe, Mäntel. (110) Witt. Hauptl. 10 Min. v. d. el. Bahn. M. Hehr. Sorae. Breite Str. 52a. Schw.

Günstige Stühle zu verkaufen. (961) Eichenstraße 5. I.

Spanierweibchen (Z. Z.) zu verkaufen. (964) Büfentstraße 5. I.

20-30 Fuder Tung und zwei Säuglinge zu verkaufen. (965) Raseburger Allee 25 a.

4 nette Säubere (975) Damen-Maschen-Mzüge billig zu vermieten. Friedenstr. 81.

Um fast neuer Damen-Maschen-Mzüge für 4 Mk. zu verkaufen od. zu vermieten. (962) Schuldt, Alt-Reniefeld Nr. 4.

50 schöne Damen-Maschen-Kost. billig zu vermieten. (711) Breite Straße 24. part. Nilsch.

20 elegante Herren-Maschen-Mzüge billig zu vermieten. (827) Westhoffstraße 87. part.

Maskenkostüme in großer Auswahl empfindlich billig. Komme auf Wunsch nach auswärts. (885) G. Will, Waldstr. 71.

Herzlicher Sonntagsdienst am 9. Februar von 1 Uhr ab. (959) Dr. med. Pühmeyer, Marktstr. 15 c.

Dr. med. Raben, Schreier-Allee 18. Dr. med. Binkgräve, Meißel-Allee 22

Ad. Hübner, Hüben- u. Goldwaren- handlg. u. Reparaturwerkstatt. (108) Fünfhausen 13.

Visitkarten - H. Eisenbinkarten - 100 Stück von Mk. 1.- an liefert Die Buchdruckerei des Lübecker Volksboten: Johannisstraße 16.

Adlershorst. (100) Jeden Sonntag: **Tanzkränzchen**

Friedr. Franz-Halle Morgen Sonntag: **Gr. Tanzkränzchen** Eintritt frei.

(982) **Fabrikation Krankenhaus.**

Neu-Lauerhof. (111) Morgen Sonntag: **Tanzkränzchen.**

Wolsser Engel Jeden Sonntag: **Freier Tanz.**

(114) **Bernh. Boldt.**

Friedrichshof. Jeden Sonntag: **Tanzkränzchen.**

Sonntag, d. 23. Februar: **Große Volksmaskerade.**

Kaffeehaus Moising. Sonntag, den 23. Februar: **Gr. Maskenball.**

Hotel Kronprinz Sonntag, den 9. Februar: **Grosse Tanzmusik.**

(977) **Volz Piquardt.**

Vorträge der Oberschulbehörde.

Syndikus Dr. Wallroth: **Das neue Rußland und seine wirtschaftliche Bedeutung.** 4 Vorträge.

Freitag, den 14., 21., 28. Febr. und 7. März, abends 8^{1/2} Uhr, in der Aula der Ernestinenschule.

Eintrittskarten zum Preise von 1 Mk. sind in den bekannten Stellen und an den Vortragsabenden in der Ernestinenschule zu haben. (990)

Achtung!
Das Gewerkschafts-Fest von Schwartau

findet **am 6. Juli** statt. Die Gewerkschaften und Vereine von Lübeck und Umgegend möchten diesen Tag berücksichtigen. (968) Das Gewerkschafts-Kartell.

Sozialdemokratischer Verein Vorwerk-Trems.

Mitglieder-Versammlung am Montag, 10. Februar abends 8^{1/2} Uhr bei Schulz, Fremd. Tages-Ordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Vortrag des Gen. Mehrlein. 3. Verschiedenes. Der wichtigen Tagesordnung wegen ist es Pflicht der Genossen und Genossinnen, zu erscheinen. (974) Der Vorstand.

Achtung!
Schmerleute

Sektions-Versammlung am Montag, d. 10. Februar abends 8^{1/2} Uhr im „Gewerkschaftshaus“ Johannisstr. 50-52. Tages-Ordnung: 1. Wahlen. 2. Innere Verbandssangelegenheiten. (986) Der Vorstand. NB. Der wichtigen Tagesordnung halber ist das Erscheinen sämtlicher Kollegen notwendig.

Schlutup.
Gasthof

„Zum weißen Schwan“ Inh. K. Böge. (954) Jeden Sonntag: **Tanzkränzchen.** Gute Speisen. ff. Biere.

Haben Sie gestern die Annonce von Ferd. Bentin gelesen? (951)

Voranzeige.
Arbeiter-Fahrrader-Bund „Solidarität“

Ortsgruppe Schwabben u. Umg. **Einladung Maskenball** zum **Maskenball** am Sonntag, d. 2. März 1913. (957) Das Komitee.

Fastnachtsball am Sonntag, d. 9. Februar. Hierzu ladet freundlich ein (949) **Vertrag. D. Schließer.**

Wilhelm-Theater. (113) Jeden Sonntag: **Große Ballmusik.**

Gewerkschaftshaus Lübeck
Johannisstrasse 50-52.

Morgen Sonntag, den 9. Februar 1913:

Großes Bockbierfest

Festleiter: Luden Puls — Seppimayr. Große Überraschungen :: Lachen über Lachen Misslingen :: Mordsgaudi :: Witß u. Humor.

Humoristische Vorträge des-Luden Puls-Ensembles.

Anfang 6 Uhr. Anfang 6 Uhr. Eintritt a Person 20 Pfg., wofür Kappe und Festzeitung gratis.

Um zahlreichen Besuch bittet **Carl Kluth.**

Zentral-Hallen

Morgen Sonntag: **I. grosse öffentliche Volksmaskerade.**

Anfang 5 Uhr. Maskenzug 8 Uhr. Eintritt: Herren 80 Pfg. Herren-Masken 40 Pfg. Damen 40 „ Damen-Masken 25 „ **H. Pagel.**

„Konzerthaus Flora“

Heute Sonntag, den 9. Februar 1913: **Große öffentliche Volksmaskerade.** Anfang 4 Uhr. Maskenzug 6^{1/4} Uhr. **G. Wirthel.**

Schweinegilde St. Lorenz u. Umg.

Einladung zum **6. STIFTUNGS-FEST** am Sonntag, dem 9. Februar, im Lokale des Herrn J. Rieck, Hansa-Halle. Anfang 5 Uhr. Ende morgens. Eintritt 50 Pfg., eine Dame frei. **Das Komitee.**

Waisen-Hof.

Sonntag: **Große Tanz-Musik.** Gustav Gipp.

Seefahrer-Brankenkasse. E. H. Nr. 16.

Ordentliche **General-Versammlung** am Sonntag, dem 23. Februar 1913, nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn J. Jürß, Engelsgrube 59. Tages-Ordnung: 1. Abrechnung. 2. Wahlen. 3. Verschiedenes. Wir machen auf §§ 2 und 26 des Statuts aufmerksam. Der Vorstand.

Roman einer Ehe
3-Akter, gespielt von der großen Tragödin **Charlotte Wiehe**, bekannt aus der „Weißen Hand“. (989)

Tonhalle
Opfer der Komtesse
ebenfalls Lebenswahrer, fragmenter 3-Akter, und das Weitere.

Gewerkschaftshaus
Lübeck, Johannisstraße 50-52

ff. gepflegte Biere. Kalte und warme Speisen zu jeder Tageszeit. ff. Mittagstisch ff. von 12-2 Uhr, 107) 65 Pfg.

Konzerthaus Zauberflöte. Sonnabend, d. 8. Februar: **Neue Kapelle!** Int. Tamburitz-Prosvefa (884) 5 Damen, 3 Herren.

Auf vielfachen Wunsch Sonnabend u. Sonntag wieder humoristisches **Bockbierfest** Sonntag Anfang 4 Uhr Eintritt gänzl. frei. Kappen u. Lied. gratis.

Kalnbergs Variete

Sonntag Beginn 7 Uhr: **Heitere Künstler-Abende.** Dazu der Possenschlager: **Einen Tag vor d. Hochzeit** mit Heinr. Kalnberg und die Burleske: (971) **Mit eigenen Waffen.** Auf allen Plätzen 40 Pfg.

Verein der Musikfreunde.

Mittwoch, den 12. Februar 1913 abends 8 Uhr, in der Stadthalle: **19. volkstümliches Konzert** (Orchester 52 Musiker.)

Leitung: Kapellmeister Wilhelm Furtwängler. **Richard-Wagner-Abend.** Zur Aufführung kommen u. a.: Vorspiel zu „Die Meistersinger von Nürnberg“ R. Wagner. Wotons Abschied und Feuerzauber R. Wagner. Vorspiel und Liebeslied aus „Tristan und Isolde“ R. Wagner. Programm im Lübecker Konzert-Anzeiger. (980)

Hansa-Theater.

Sonntag, d. 9. Februar: Nachmittags Anfang 4 Uhr. **Volks- u. Kinder-Vorstell.** Zur Aufführung gelangt: **Friedrich der Große.** Wissenschaftlicher Lichtbilder- (985) Vortrag. Kleine Preise.

Abends 8^{1/4} Uhr: **Der große Schlager** **Rund um die Aister** mit Gebrüder Wolf. Nach d. Vorstellung ab 11 Uhr: **Kabarett.** Eintritt frei.

Neues Stadttheater.

Sonntag, den 9. Februar 1913. Anfang 7^{1/2} Uhr. Ende 10^{1/2} Uhr. 122. Bist. i. B.-Bl. Große Preise. **CARMEN.** Oper von G. Bizet. Montag, den 10. Februar 1913. Anfang 6^{1/2} Uhr. Ende 10^{1/4} Uhr. 3. Bork. im Sonderabonnement. 123. B. i. B.-Bl. 20. B. i. Montag-Bl. **Der Ring des Nibelungen.** 3. Tag. **Siegfried.** Siegfried — Kammeränger Einar Forchhammer vom Hoftheater in Wiesbaden a. G. (967) Größte Preise. In Vorbereitung: **Der Teufel von Malmar.** Der schwarze Domino. Von Haber.